Treue Arbeit, strenge Pflicht. — Werden neu mit jeder Schicht!

Rottenführer-Zeitung

Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner.

Offizielles und fachwissenschaftl. Organ des Verbandes Deutscher Eisenbahn- für die Vertretung der Standesinteressen Rotten- und Hilfsrottenführer E. V.

Die Zeitung erscheint am 1. u. 15. eines jeden Monats und kostet beim Verlage bestellt 1.— Mark, bei der Post bestellt 1.50 Mark pro Vierteljahr, im voraus zahlbar. — Inserate pro 4gespaltene Petitzeile 25 Pfg. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten und der Verlag an. Abonnenten, welche nicht 10 Tage vor Schluss des Vierteljahres ausdrücklich abbestellen, erhalten das Blatt für ihre Rechnung weiter geliefert.

☞ Jedes Mitglied, welches der oben genannten Beamtenklasse als Beamter oder Hilfsbeamter angehört, ist unter den bekannt gegebenen Bedingungen mit 200 (zweihundert) Mark gegen tödlichen Unfall in oder ausser Dienst versichert. ☜

Nr. 24 — Dahlhausen-R., 15. Dezember 1918 — 7. Jahrgang

Inhalt: Einkommensverbesserung der Beamten. Neue Lohnregelung der Arbeiter. — 32 000 Neuaufnahmen in 4 Wochen. — Die Gründung des deutschen Beamtenbundes. — An die Vorstände der Ortsvereine. — Mitteilungen der Reichs- und Staatsregierungen. — Lebenshaltung und Gehaltsreform. — Die Berechnung der einmaligen Teuerungszulagen für Feldeisenbahnbeamte. — Vereinsnachrichten. — Verbandsnachrichten. — Bekanntmachung. — Versammlungskalender.

Einkommensverbesserung der Beamten. Neue Lohnregelung der Arbeiter.

Gemäß unseren alten Forderungen, die Einkommensunterschiede zwischen den Beamten und Arbeitern gleicher sozialer Schichtung zu beseitigen, haben wir Verhandlungen mit dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten eingeleitet.

Die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner kann nicht weiter dulden, daß durch eine ungleiche Einkommenspolitik der Verwaltung die zusammengehörenden Massen der Beamten und Arbeiter auseinandermanövriert werden. In der entschiedenen Stellungnahme gegen die bisherige Gehalts- und Lohnpolitik der Verwaltung sind sich Arbeiter und Beamte der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner einig. Besonders aus den großen Arbeitergruppen des Westens laufen ununterbrochen bei uns diesbezügliche Proteste und Mahnungen ein.

Die erste gemeinschaftliche Aktion von Beamten und Arbeitern hat eingesetzt. Auf Grund einer Eingabe an den Herrn Minister waren die Vertreter sämtlicher in der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner vereinigten Beamtengruppen, als Gewerkschaftsvertreter Sekretär Dr. Leiffelm, zu einer Beratung über die Einkommensreform in das Ministerium am 10. Dezember geladen.

Die Forderungen wurden vom Herrn Minister persönlich gewürdigt und mußten in allen wesentlichen Punkten als gerechtfertigt anerkannt werden. Der Herr Minister gab nach längerer Aussprache folgende Zusicherungen:

1. Das Verfahren bei der letzten Teuerungszulage, nach welchem diese Teuerungszulage nicht mit der Ausgleichszulage in Anrechnung gebracht wurde, wird beibehalten. In Zukunft werden also die Teuerungszulagen ohne Rücksicht auf die den Beamten zustehenden Ausgleichszulagen in ihrer vollen Höhe ausgezahlt.
2. Die Forderung, für die Demobilisationszulage der Arbeiter ein entsprechendes Mehreinkommen der Beamten zu bewilligen, wird anerkannt und baldigst erfüllt.
3. Die bisher bestehenden Unterschiede zwischen dem Einkommen von Arbeitern und Beamten gleicher sozialer Schichtung sollen beseitigt werden.

Diese Einkommensreform soll gemäß dem Verlangen der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner mit aller Beschleunigung erfolgen. Der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten gab die bindende Zusage, unverzüglich mit dem Finanzminister in Verbindung zu treten. Noch im Laufe der Woche wird eine gemeinsame Sitzung von Vertretern der Eisenbahnverwaltung, des Finanzministeriums sowie von Fachleuten aus den Reihen der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner stattfinden, die sich mit diesen Fragen zu befassen hat. Ueber das Ergebnis wird sofort Mitteilung gemacht werden.

Heute erschienen im Eisenbahnministerium die Funktionäre der Beamtengruppe der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner, um vom Herrn Minister das Resultat ihrer Anträge entgegenzunehmen. Der Herr Minister erklärte: Er habe im Finanzministerium versucht, herauszuholen, was nur irgend möglich war.

Die Forderungen der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner seien in folgender Weise bewilligt worden:

1. Sämtliche Teuerungszulagen werden in Zukunft nicht mehr auf die Ausgleichszulage angerechnet.
2. Alle unteren und mittleren Beamten des Betriebes (ausgenommen die Beamten des inneren Dienstes) erhalten eine Betriebszulage. Dieselbe beträgt für Berlin 120 Mk. im Monat und staffelt sich nach den Ortsverhältnissen bis auf 30 Mk. herab für die niedrigst bemessenen ländlichen Orte. In die unteren Gruppen sollen möglichst wenige Orte, und zwar möglichst nur die rein ländlichen einbezogen werden. Diese Zulage wird bis auf weiteres gewährt und mit rückwirkender Kraft ab 1. Dezember 1918 ausbezahlt.
3. Alle nicht mit der Betriebszulage bedachten Beamten, also vor allem die Beamten im Bureaudienst, erhalten eine Zuwendung aus besonderem Fond, die der Betriebszulage entspricht.

Die Vertreter der Gewerkschaft erkannten die Bemühungen von Exzellenz Hoff durchaus an. Allerdings wurde von ihnen der Einwand erhoben, daß der Satz für die ländlichen Orte sehr niedrig sei. Hierauf erwiderte Exzellenz Hoff, daß in Wirklichkeit nur wenige Orte in Frage kämen.

Wir möchten unsererseits noch mit Genugtuung des verständigen und solidarischen Verhaltens der Berufsgruppenvertretung in unserer Gewerkschaft gedenken. Auch der Unterstützung der Arbeiterschaft in unserer Gewerkschaft, die durch entsprechende Beschlüsse zugunsten der Beamten auf die maßgebenden Stellen einwirkte. Im übrigen war es unsere Pflicht, den Bogen nicht zu überspannen. Die bolschewistische Lohnpolitik der Berliner Hauptwerkstätten kann nicht von langer Dauer sein. In einigen Monaten bricht bei einer solchen Wirtschaft der ganze Laden zusammen. Die Beamten standen im übrigen, — wir glauben hierin das richtige Gefühl zu haben, — vor der Wahl, entweder in der Lohnfrage mit den Arbeitern absolut gleichgestellt zu werden und die Beamtenqualifikationen zu verlieren, oder aber letztere zu behalten und mit ihren Forderungen Maß zu halten. Vorerst wollen wir abwarten, wie in der Praxis die Umwälzungen im Einkommenswesen der Beamten und Arbeiter aussehen werden. Die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner und Staatsarbeiter wird auf dem Posten sein.

* * *

Im Anschluß an diese gemeinsame Aktion gelang es den Schaffnern durch ihren Vorsitzenden, Kollegen Neumann, der auch der allgemeinen Kommission angehörte, wesentliche

Erfolge bezüglich Verkürzung der Dienstzeit durchzudrücken. Hierüber wird durch die Fachpresse besonders berichtet werden.

* * *

Die Lohnkommission der Arbeiter, der vier Vertreter der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner angehörten, hat eine gute Arbeit geleistet. Leider ist diese Arbeit für die Katze gewesen. Sie tritt nicht in Kraft. Ergebnis derselben geht aber trotzdem den Arbeiter-Ortsgruppen der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner zu. Die bolschewistisch gesinnten Berliner Hauptwerkstätten haben sich ein neues Lohnsystem erstreikt, das unter den alten Eisenbahnern, aber auch unter den Qualitätsarbeitern bestimmt keine sonderliche Befriedigung hervorrufen wird. Wir sind bestimmt gegen jede übereilte Differenzierung, sind aber auch gegen jede öde Gleichmacherei, die die Eigenarten des Eisenbahnbetriebes nicht berücksichtigt. Wir bitten unsere örtlichen Funktionäre sofort um Mitteilung, wie sie sich zu dieser Neuregelung stellen. Die Neuregelung der Löhne, wie sie sich diese Leute erstreikt haben, hat nämlich zur Folge, daß das bisherige Zulagewesen, auch die Demobilisierungszulage, wieder beseitigt wird, und zwar nach folgenden Grundsätzen:

„Mit Wirkung vom 1. Dezember ds. Js. wird der Stücklohn in allen Betrieben der Staatseisenbahn aufgehoben. Vom gleichen Zeitpunkt werden nach Beratung in der Preußischen Regierung für die nächste Zeit die Löhne unter wesentlicher Erhöhung auf neuer Grundlage geregelt, wobei die bisherigen Lohnstaffeln, Stellenzulagen, Lohnzuschläge, laufende Kriegsteuerungszulagen, Demobilisationszulage und Lohnentschädigungen für beseitigte Sonntags- und Ueberstundenarbeit wegfallen. Es werden neue Lohnsätze für a) Handwerker, b) alle übrigen männlichen Arbeiter, c) weibliche Arbeiter, d) Lehrlinge gebildet, deren Höhe nicht mehr wie bisher nach Dienstalter, sondern nach dem Lebensalter abgeschlossen wird.

Die Lohnsätze selbst werden wie bisher völlig verschieden und so festgelegt, daß das zwischen den einzelnen Lohnorten bestehende Verhältnis in der Lohnhöhe gewahrt bleibt. Ueber die Durchführung der Lohnmaßnahmen und die Höhe der Sätze ergeht baldigst nähere Weisung. Ich gebe den Eisenbahndirektionen ferner davon Kenntnis, daß die Preußische Regierung die Errichtung eines Zentrallohnamtes für ganz Preußen beabsichtigt, zu dessen Aufgaben u. a. gehören wird, die Beseitigung unbegründeter Verschiedenheiten in den Lohnverhältnissen der verschiedenen staatlichen Betriebe und der Orte untereinander anzustreben.

Die Eisenbahndirektionen sollen Sorge tragen, daß die beschlossenen Maßnahmen der Arbeiterschaft, namentlich an denjenigen Stellen unverzüglich bekannt gegeben werden, wo unter Einwirkung örtlicher Einflüsse Forderungen zur Umgestaltung der Löhne bereits gestellt werden."

* * *

Wir bedauern sehr, daß eine derartig gründliche Arbeit, wie sie die Lohnkommission durch die Schaffung der Lohnordnung geleistet hat, nicht in Kraft treten kann. Daß die sozialen Verhältnisse in Deutschland etwa besser werden, glauben die Bolschewisten selber nicht. Sie werden von Tag zu Tag schlechter. Tritt die Lohnkommission wieder zusammen, dann wird sie unter weit ungünstigeren sozialen Verhältnissen ihre Arbeiten aufnehmen und beenden müssen. Was dann für die Eisenbahner herauskommt, bleibt abzuwarten. Es wird sich dann auch zeigen, ob ein solides, geordnetes Lohnverhältnis von Dauer nicht vorübergehenden Experimenten im Lohnwesen vorzuziehen ist. Geht die Wirtschaft, wie sie heute besteht, in unserem aus tausend Wunden blutenden deutschen Vaterlande so weiter, dann werden in einigen Monaten auch die Eisenbahner vor Hunger verenden. Wir sind auf dem besten Wege dazu. Mit politischen Freiheiten allein ist ein 70-Millionen-Volk nicht satt zu machen. Es braucht dazu eine geordnete Volkswirtschaft, auch ein solides und geordnetes Verkehrsgewerbe ohne jedweden bolschewistischen Einschlag. Heute ist leider noch Bolschewismus in unserer Wirtschaft Trumpf, nicht nur bei den Spartakusleuten, sondern bei der großen volkswirtschaftlich ungeschulten und unwissenden Masse, für die der Sozialismus keine volkswirtschaftliche Erkenntnis, sondern ein großer Schuttabladeplatz für ihre Unzufriedenheit und aufgepeitschten Stimmungen ist.

* * *

Lohnkommission für die Wasserbauverwaltung.

Berlin, den 11. Dezbr. 1918.

Werte Kollegen!

Nachdem der Kollege Brune längere Verhandlungen im Ministerium gehabt hat, können schon jetzt positive Erfolge mitgeteilt werden.

1. Zunächst erhalten **alle Bediensteten** der Strombauverwaltungen noch in diesen Tagen die einmalige Zulage. Dieselbe beträgt für **männliche und weibliche Arbeiter im Lebensalter von 18 Jahren und darüber das Sechsfache** der ihnen für Monat November ds. Js. zustehenden laufenden Kriegsteuerungszulagen, höchstens aber 500 Mark. Jugendliche **unter 18 Jahren**, die bereits laufende Teuerungszulagen erhalten haben, erhalten **das Dreifache**. Alle übrigen, also die, welche noch keine monatliche Zulage erhalten, bekommen 50 Mark. (Stichtag ist der 30. November 1918. Die Empfänger müssen vor dem 1. Oktober im Dienst gestanden haben.)

Wer in dieser Zeit in Kündigung stand, hat keinen Anspruch auf die einmalige Zulage.

Für diejenigen, welche Soldat waren, gilt folgender Beschluß:

Früher im Staatsdienst beschäftigt gewesene Arbeiter, die zum Heeresdienst (auch zu den Zivilkolonnen) eingezogen waren, sind auch dann zu berücksichtigen, wenn sie erst nach dem 1. Oktober ds. Js. unmittelbar aus dem Heeresdienst in den Staatsdienst zurückgetreten sind oder noch bis zum 31. Dezember ds. Js. in diesen zurücktreten. Ist den Angehörigen solcher Bediensteten inzwischen bereits in der Familienkriegsbeihilfe die einmalige Kriegsteuerungszulage zum Anteilsbetrage gewährt worden, so ist der Unterschied zwischen diesem und der zuständigen vollen Zulage noch zu zahlen.

2. Ab 1. Dezember ds. Js. bekommen männliche und weibliche Arbeiter der Strombauverwaltungen sehr wesentliche Lohnerhöhungen. Die Höhe wird noch bekanntgegeben.

3. **Die ständigen Arbeiter der Wasserbauverwaltungen werden jetzt im Lohn mit den am selben Orte beschäftigten Eisenbahnern gleichgestellt.** Hier wird endlich von oben her reine Bahn geschaffen.

4. Die Arbeiterausschußfrage ist dahin erledigt, daß jede Gruppe ihre Vertretung bekommt. Eine praktische Bezirkseinteilung für die auf Fahrzeugen beschäftigten Bediensteten erfolgt noch.

5. Damit die unteren Verwaltungsstellen alle von oben kommenden Verfügungen auch ohne Beschneiden befolgen, erhalten die Wasserbaubetriebe, unsere Geschäftsstelle und die Arbeiterausschüsse ein Zentralblatt der Bauverwaltung, welches ebenso ausgebaut wird wie bei der Eisenbahn die Amtsblätter. Alle Erlasse und Aenderungen für die Betriebe und Personale werden in diesem Blatt veröffentlicht, so daß jeder Ortsverein ständig feststellen kann, ob irgendwo Unregelmäßigkeiten vorherrschen.

6. Die Krankenkassenangelegenheit wurde wie folgt entschieden: Entweder finden die Wasserbauarbeiter Aufnahme bei der Eisenbahnkasse, oder die Regierung gibt einen größeren Betrag her zum Ausbau der jetzt bestehenden Kassen im Wasserbaubetriebe.

7. Die Wünsche der Lohnangestellten höherer und niederer Ordnung wurden eingehend debattiert.

In diesen Tagen soll durch neue Verfügungen einheitlich festgelegt werden, wer zu der einen oder anderen Gruppe zählt.

Die Lohnfragen werden ab 12. Dezember beraten.

8. Ländereien der Verwaltung sind in erster Linie an deren Arbeiter und Beamte abzugeben. Strenge neue Verfügungen ergehen noch an die unteren Behörden.

9. Für alle am Strom oder auf der Strecke arbeitende Bedienstete werden Unterkunftsräume errichtet, d. h., soweit dieses noch nicht geschehen ist.

10. Für alle Handwerker, die ihr eigenes Werkzeug im Betriebe brauchen, wurde von uns eine tägliche Vergütung von 20—30 Pfg. verlangt, die auch zugesagt wurde.

11. Kriegsinvaliden darf die Rente nicht am Lohn gekürzt werden, d. h. soweit sie dieselbe Arbeit leisten wie ein vollwertiger Arbeiter.

12. Die Urlaubsfrage wurde nach den Grundsätzen des Eisenbahnbetriebes geregelt. Die einzelnen Bauabteilungen können hier nicht mehr so arbeiten, wie sie es für gut befinden.

13. Der Achtstundentag wird generell eingeführt, ebenso jede Ueberstunde mit Zuschlag bezahlt, und zwar die erste Stunde mit 40 Pfg., jede weitere mit 80 Pfg. Zuschlag.

Außerdem wurden noch eine Reihe Beschwerden erledigt.

Bezüglich der **Wasserbaubeamten**, welche ja auch jetzt unserem Verbande angehören, erfolgt eine Regelung gemäß den Eisenbahnbeamten. Es wird ein Ausgleich gewährt, so daß die Beamten nicht hinter den Arbeitern gleicher sozialer Schichtung mit ihrem Einkommen zurückstehen.

Die Lohnkommission der Wasserbauverwaltung tagte vom 10. 12. bis 17. 12. und erzielte folgende Beschlüsse:

Ab 1. Dezember ds. Js. treten in allen Wasserbaubetrieben die gleichen Lohnsätze in Kraft wie bei der Eisenbahn am selben Orte. Für die vorübergehend beschäftigten Arbeiter treten besondere Lohnsätze in Kraft.

Folgende Lohnklassen wurden eingerichtet:

1. Handwerker,
2. Werkhelfer,
3. Arbeiter,
4. Frauen,
5. Lehrlinge.

Zu 1 gehören:
alle Handwerker,
Hilfsschiffsführer,
Hilfsmaschinisten,
Baggerführer,
Motorbootsführer,
Dampffährenführer,
Barkassenführer,
soweit dieselben Handwerker sind oder einen Befähigungsnachweis bzw. Patent besitzen.

Zu 2 gehören:
Motorbootsführer,
Barkassenführer,
Hilfsmaschinisten,
Hilfsschiffsführer,
Steuerleute,
alle Heizer.
Dieses sind Arbeiter, die nicht aus dem Handwerkerstand hervorgegangen sind oder auch keinen Befähigungsnachweis bzw. Patent besitzen.

Zu 3 gehören
alle anderen Arbeiter, die nicht unter 1 und 2 genannt wurden.

Eine Lohnordnung wird im Januar fertiggestellt, an deren Ausarbeitung die Lohnkommission wieder teilnimmt. Besondere Zulagen fallen jetzt fort, dafür treten einheitlich erhöhte Tagelohnsätze in Kraft. Die Privatanstellungsverträge können beibehalten werden. Die Monatslöhne werden dann aber prozentual gesteigert.

Ueber Arbeitseinteilung und andere Fragen wird demnächst eingehend berichtet. Bemerkt sei noch, daß die Punkte 1 bis einschließlich 12 nur durch unseren Vertreter, Kollegen Brune in Verhandlungen erledigt wurden.

Die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner und Staatsarbeiter hat in großzügiger Weise die Interessenvertretung aller Staatsarbeiter und Beamten wahrgenommen und wird dies auch fernerhin machen.

Kollegen, Ihr seht, wo Eure Interessen gewahrt werden: Nur unsere Gewerkschaft forderte die Durchführung vorstehender Beschlüsse. Wir waren es, die eine Lohnkommission der Wasserbaubediensteten beantragten. Schon jetzt sind enorme Fortschritte zu verzeichnen.

Immer wieder seht Ihr Eure Interessenvertretung und deren Erfolge.

Arbeiter und Beamte der Wasserbauverwaltung! Laßt Euch nicht beirren durch die Schlagwörter verschiedener Funktionäre der sozialdemokratischen Gewerkschaften, indem man behauptet, der Elberfelder Verband sei nicht mehr. Größer und stärker wie zuvor stehen wir da, vereinigt unter dem Namen

Gewerkschaft deutscher Eisenbahner u. Staatsarbeiter (Sitz Elberfeld-Berlin).

Beamte, Arbeiter! Macht solidarische Arbeit!
Beamte, Arbeiter! Schafft die Einheitsfront!
Beamte, Arbeiter! Schließt die Reihen der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsarbeiter! Bildet, wo es noch nicht geschehen, Lokalverbände!

Führt sofort die unorganisierten Arbeiter, die jetzt zu Hunderttausenden in unsere Betriebe strömen, der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsarbeiter zu. Benutzt die Aufnahmezettel unserer Gewerkschaft.

Werbt neue Mitglieder!

Denkt an die Nationalversammlung! Eröffnet sofort auf selbstangefertigten Listen Sammlungen für den

Wahlfonds der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsarbeiter zur Nationalversammlung. Eine Anzahl Kollegen müssen hinein!

Jeder Staatsbedienstete soll und muß angesichts dieser großen Erfolge wenigstens 3 Mk. für den Wahlfonds spenden.*)

Gewerkschaft deutscher Eisenbahner u. Staatsarbeiter

(Sitz: Elberfeld-Berlin.)
Berlin W. 35, Lützowstraße 107 I.
Fernspr. Nollendorf 3779.

32 000 Neuaufnahmen in 4 Wochen.

Die Arbeitergruppe unserer Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsarbeiter (früher Zentralverband deutscher Eisenbahner, Sitz Elberfeld) hat in den letzten 4 Wochen 32 000 Einzelaufnahmen zu verzeichnen. Es geht vorwärts! Aber lange nicht schnell und umfangreich genug. Kollegen aus den Fachverbänden der Beamten, es ist Eure Pflicht, mit zu werben, damit auch der letzte unorganisierte Eisenbahn- und Wasserbauarbeiter unserer Gewerkschaft zugeführt wird.

Die Gründung des Deutschen Beamtenbundes.

Was selbst während der Kriegsjahre nicht erreicht werden konnte, hat sich unter dem Zwange der eisernen Notwendigkeit vollzogen: die gesamte deutsche Beamten- und Lehrerschaft hat sich am 4. Dezember 1918 mit einer Mitgliederzahl von rund 1½ Millionen in dem „Deutschen Beamtenbund" zusammengeschlossen. Es gibt keinen Trennungsstrich mehr zwischen Nord und Süd; die Grundlage des neuen Bundes bietet die Möglichkeit der großzügigen und umfassenden Lösung aller Forderungen der deutschen Beamtenschaft.

Wie von einem Alp befreit, fühlt der deutsche Beamtenkörper als einheitlicher Organismus zum ersten Male die Erlösung von Kräften, die bisher an der freien Entfaltung — und nicht zuletzt durch die Schuld der Beamten selber — gehindert wurden. Bis in die jüngste Zeit schien es, als sollte die Uneinigkeit in der Beamtenschaft triumphieren. Schließlich aber wurden gerade die verschiedentlich unternommenen Versuche, den einheitlichen Zusammenschluß nur unter Bewahrung von Sonderrechten zuzulassen, zum Totengräber aller seither im Beamtentum vorhandenen Zersplitterungssucht.

Auch die noch in letzter Stunde hervorgetretenen Schwierigkeiten vermochten nicht,

den starken Einheitswillen der Beamtenschaft

zu lähmen. Mit elementarer Wucht kam in einer kurz vor der Gründungsversammlung notwendig gewordenen klärenden Aussprache mit den Vorstandsmitgliedern der Hauptverbände die Erkenntnis zum Ausdruck

es geht ums Ganze!

Als dann noch die telegraphisch eingeholten Zustimmungserklärungen der einzelnen Landesverbände bekanntgegeben wurden, war auch der letzte Schein der Unentschlossenheit besiegt und im Vorgefühl der beglückenden Tat wurde bald darauf in der Geschäftsstelle der Interessengemeinschaft deutscher Beamtenverbände die Gründungsversammlung durch den Vorsitzenden des Geschäftsführenden Ausschusses der Interessengemeinschaft eröffnet.

Nun war kein Raum mehr für langatmige Verhandlungen über Zweckmäßigkeit oder Notwendigkeit des Zusammenschlusses,

der neue Geist forderte gebieterisch die neue Form.

In richtiger Erkenntnis dieser Tatsache erklärten die Vertreter der Interessengemeinschaft deutscher Beamtenverbände, ihre Organisation restlos in den neuen Bund überführen zu wollen. Die lange Zeit umstrittene Frage einer Verschmelzung der Interessengemeinschaft mit dem Verbande Deutscher Beamtenvereine war damit gegenstandslos geworden. Warum sich auch jetzt noch eigensinnig an den durch die Entwicklung überholten Organisationsrahmen anklammern, nachdem festgestellt

*) Da der Verkehr mit Köln, wo unser Postscheckkonto sich befindet, gesperrt ist, bitten wir, die Gelder an unser nachstehendes Nebenkonto gelangen zu lassen und auf das Postscheckformular den Vermerk „Wahlfonds" zu setzen. Deutsche Volksversicherung A.-G., Rechnungsstelle des Reichskartells der Verbände der Beamten und Arbeiter staatlicher Verkehrsanstalten, Elberfeld, Postscheck-Nr. 21 952, Postscheckamt Berlin.

worden war, daß alle bisher in zwei Lagern tätig gewesenen Kräfte sich willig in den Dienst des neuen Bundes stellen wollten?

Auch die wichtige Frage, in welcher Art das grundsätzlich bereits am 14. November beschlossene gewerkschaftliche Rückgrat des Bundes aufgebaut werden soll, wurde entschieden. In Anerkennung des gewerkschaftlichen Charakters des neuen Bundes wurde festgestellt, daß der Anschluß lediglich von seiten der Fachverbände und der aus Fachverbänden zusammengesetzten Landesverbände vollzogen werden kann. Die bestehenden Verbände der einzelnen Verwaltungen haben schon in sich möglichste Einheitlichkeit zu erstreben. Die Sondervereinigungen der großen organisatorisch bereits zusammengefaßten Kategorien sind infolgedessen gezwungen, sich dort einzugliedern, wo sie die natürliche Vertretung ihrer besonderen Forderungen erwarten dürfen. Der „Deutsche Beamtenbund" hat nur die großen, alle Beamten angehenden Fragen zu behandeln.

Es muß dahin kommen, daß beispielsweise alle unteren Postbeamten, zu einer Gemeinschaft vereinigt, Anschluß an den Deutschen Beamtenbund suchen und finden. Für die mittleren und höheren Beamten jeder Verwaltung gilt grundsätzlich das gleiche.

Wo der gewerkschaftliche Zusammenschluß bereits vollzogen ist, wie z. B. im Bunde der deutschen Eisenbahnbeamten, können selbstverständlich nur diejenigen Fachverbände der Eisenbahnbeamten Anschluß an den Deutschen Beamtenbund finden, die nicht schon dem Eisenbahnerbunde angeschlossen sind. Kein Fachverband darf mehrfache Aufnahme in den Deutschen Beamtenbund finden.

Der Deutsche Beamtenbund muß ein klares Bild der Beamtenbewegung bieten.

Dazu gehört, daß Doppelzählungen ausgeschlossen sind.

Der Deutsche Beamtenbund kann nicht unterscheiden zwischen Militär- oder Zivilanwärtern oder Ledigen, für ihn gibt es nur deutsche Beamte. Alle bestehenden Organisationen, die auf den vorerwähnten Unterscheidungsmerkmalen aufgebaut sind, können daher Anschluß an den Deutschen Beamtenbund nicht finden.

Die Verbände der Beamtinnen sind bestrebt, ihre Eingliederung in die ihnen gleichartigen Verbände der Beamten zu erreichen; gelingt dies nicht, dann können sie sich als Fachverbände der Postbeamtinnen, Eisenbahnbeamtinnen oder Lehrerinnen dem Deutschen Beamtenbunde anschließen. Je umfassender die Zentralisierung der Beamtenverbände innerhalb der einzelnen Verwaltungen erfolgt, um so lückenloser wird der Deutsche Beamtenbund dastehen, um so stärker wird seine Stoßkraft im Interesse der Beamten sowohl als auch der Allgemeinheit wirken können.

Nach der vorläufigen Klärung der inneren Organisationsfrage des Bundes wurde zur Beschlußfassung über die unter tatkräftiger Mitwirkung der Landesverbände aufgestellten und bereits vorberatenen Satzungen geschritten, die einstimmig Annahme fanden. Auch die Vorstandswahlen vollzogen sich ohne besondere Schwierigkeiten. Als erster Vorsitzender wurde einstimmig Generalsekretär Remmers gewählt, der zweite Vorsitz wurde einem Vertreter des Landesverbandes des größten süddeutschen Bundesstaates vorbehalten, und zwar in Ansehen der besonderen Bedeutung der Mitwirkung der Süddeutschen bei der Schaffung des Deutschen Beamtenbundes und ihrer künftigen Mitarbeit. Als erster Stellvertreter des Vorsitzenden wurde Eisenbahn-Obersekretär Lange (Eisenbahnbeamtenbund) und als zweiter Stellvertreter Postsekretär Wiechmann (Verband mittlerer Reichs-Post- und Telegraphenbeamten) gewählt. Die übrigen Mitglieder des aus insgesamt 18 Personen bestehenden Geschäftsführenden Vorstandes ergänzen sich aus den einzelnen Verwaltungen in folgender Weise: Für die Eisenbahnverwaltung: Eisenbahn-Unterassistent Ebersbach, Lokomotivführer Niemann, Schlafwagenschaffner E. Neumann; für die Postverwaltung: Fernsprechgehilfin Kolshorn, Oberpostschaffner Laux; für die Lehrerschaft: Lehrer Nosin; für die Gemeindebeamten: Ober-Stadtsekretär Pape; für Heer und Marine: Sedau (Deutscher Heeres- und Marinebund); für die Verwaltungsbeamten: Rechnungsrat Lehmann; für die Zollverwaltung: Zollsekretär Heimrath; für die Justizverwaltung: Justizassistent Raschke; für die Kanzleibeamten Kanzleisekretär Martin; für die Sicherheitsbeamten: Schutzmann Schrader; für die höheren Beamten: Postinspektor Dr. Tapfer.

In das Direktorium wurden einstweilen berufen die Herren Falkenberg als geschäftsführender Direktor und Dr. Höfle, letzterer vorläufig im Nebenamt.

Das Organ des Deutschen Beamtenbundes ist „Die Gemeinschaft".

Der jährliche Beitrag beträgt für das Mitglied 20 Pf. Die Geschäftsstelle des Deutschen Beamtenbundes befindet sich in Berlin S 42, Oranienstraße 140/142.

Es wurde ausdrücklich hervorgehoben, daß sämtliche Beschlüsse Gültigkeit haben bis zu dem voraussichtlich Ende Februar 1919 einzuberufenden Deutschen Beamtentage. Also auch für diejenigen, welche glauben, befürchten zu müssen, daß sie bei der vorläufigen Neuordnung der Dinge nicht genügend berücksichtigt seien, wird alsdann immer noch die Gelegenheit zur Nachprüfung und Aenderung des Geschaffenen bestehen. Aus diesem Grunde wurde die Wahl des aus 31 Mitgliedern bestehenden erweiterten Vorstandes bis zum ersten Vertretertage ausgesetzt.

Allen denen aber, die noch zögernd zur Seite stehen, die immer noch die trennenden Momente an Stelle der einigenden in den Vordergrund stellen, rufen wir in der zwölften Stunde der Gefahr die Mahnung zu:

Schließet die Reihen!

An die Vorstände der Ortsvereine.

Werte Kollegen!

Die Revolution ist inzwischen zu einem gewissen Abschluß gekommen. Wenngleich noch mancherlei Ueberraschungen möglich sind, läßt sich doch im allgemeinen ein Bild davon entwerfen, in welcher Situation sich unser Verband und die ihm nahestehenden Verbände befinden.

Wir können erfreulicherweise konstatieren, daß das Verbandsleben nirgendwo ernsthaft gestört ist. Es muß aber mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß schwere Zeiten kommen werden für unser deutsches Volk wie auch für den Unterbeamten-Stand.

Als Volk droht uns die Diktatur einer einzelnen Klasse. Die gegenwärtige, ausschließlich aus den Berliner Arbeiter- und Soldatenräten gebildete Regierung stützt sich nur auf Macht, und kann daher nicht als legitime Vertretung des souveränen deutschen Volkes anerkannt werden. Wir fordern daher mit allem Nachdruck die Einberufung der

National-Versammlung.

Innerhalb der Regierung tobt ein Kampf für und gegen die Nationalversammlung. Die Regierung ist gebildet aus allen drei Richtungen in der Sozialdemokratie. Die Mehrheitssozialisten sind für die Nationalversammlung. Die Unabhängigen sind geteilt, verlangen aber, daß erst die weitgehendsten sozialistischen Programmforderungen vor Einberufung der Nationalversammlung durchgeführt werden. Die Spartakusleute, die durch ihr Mitglied Barth in der Regierung vertreten sind, bekämpfen grundsätzlich die Nationalversammlung. Es wäre ein Hohn auf die Revolution selbst, die dem deutschen Volke Demokratie, d. h. Freiheit und Selbstbestimmung in höchster Vollkommenheit bringen wollte, wenn sie in einer Diktatur des Bolschewismus enden würde, was, soweit Berlin allein regiert, durchaus im Bereich der Möglichkeit liegt. Der Sieg des Bolschewismus bedeutet Anarchie und dauernde Revolution im Innern, Verhinderung des Friedens und Besetzung Deutschlands durch feindliche Heere.

Als Unterbeamten-Stand droht uns ebenso Schweres. Er hat mehr wie ein anderer Stand um das Recht der Organisation kämpfen müssen. Die Revolution sollte, ihrem ganzen Wesen nach, auch dem Beamtenstand unbeschränktes Organisationsrecht bringen. Eine Diktatur des Proletariats aber würde uns das geringe Organisationsrecht von früher auch noch rauben. Wir verlangen unbeschränkte

Koalitions-Freiheit

für den Beamtenstand. Wir schreiben dies mit ernstem Vorbedacht. Denn die Anzeichen mehren sich bedenklich, daß ein

Organisations-Monopol

für die sozialdemokratischen Gewerkschaften angestrebt wird. Insbesondere wird der „Deutsche Eisenbahnerverband", Mitglied der Generalkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften, nichts unversucht lassen um zu einem Organisationsmonopol zu gelangen. Die Sozialdemokratie kennt nur zu gut den Wert der Beherrschung des Verkehrsgewerbes, insbesondere der Eisenbahn durch ein sozialdemokratisches Organisations-Monopol. Wir haben gewiß keine Veranlassung, einer dahingesunkenen Staatsform zuliebe gegen die Revolution als solche aufzutreten. Wir haben aber alle Veranlassung, darüber zu wachen und darum zu kämpfen, daß der Beamtenstand in dem durch die Revolution geschaffenen freien Volksstaat nicht ein unfreieres Dasein führen wird, als im alten Obrigkeitsstaat. Wir kämpfen darum mit aller Macht für die Freiheit der Gesinnung und für die Freiheit der Organisation.

Beilage zur Rottenführer-Zeitung Nr. 24.

Dahlhausen-Ruhr, den 15. Dezember 1918.

Aufruf

an alle Funktionäre und Mitglieder der Verbände der Eisenbahn- und Strombaubediensteten des Reichskartells und der mit ihm befreundeten Verbände der Staats- und Privatbahnen.

Kollegen!

Das alte Regime ist gestürzt! Einrichtungen, uns lieb und wert — Jahrhunderte haben sie bestanden — zwar sehr verbesserungsbedürftig, aber auch verbesserungsfähig, sind mit dahingegangen. Aber es mußte so kommen! Wir haben seit Jahr und Tag darauf hingewiesen, daß die hochkapitalistische Wirtschaft auf Grund eherner ökonomischer und sittlicher Gesetze zusammenbrechen und dabei auch das Staatsgebilde, auf dem der hochkapitalistische Wirtschaftskörper ruhte, mit umstürzen müsse. Wir sahen die Entwicklung voraus. Es gehörte keine Prophetengabe dazu. Wir haben jahraus, jahrein gegen die verblendeten Narren im bürgerlichen Lager angekämpft, die ausgerechnet während des Krieges noch in dem Wahne lebten, die private hochkapitalistische Wirtschaft könne hinüber ins neue Deutschland gerettet werden. Wir haben, das weiß auch das jüngste Mitglied unseres Reichskartells, in allen Punkten recht, recht und nochmals recht behalten. Wir haben nicht nur aus Gründen ökonomischer Erkenntnis und sittlicher Pflicht heraus einer Sozialisierung unserer Wirtschaft das Wort geredet. Nein, auch die Tatsache, daß jede Einkommenserhöhung sofort wieder von den Saugarmen des kapitalistischen Systems aufgesogen wurde, die Tatsache, daß unsere Gewerkschaftsarbeit zur Sisyphusarbeit wurde, zwang uns zu unserem wirtschaftssozialistischen Programm.

Wir fanden mit unseren Einzelforderungen überall Ablehnung. Um einiges anzuführen: die von uns geforderte Ueberführung der Bodenschätze, der Monopole, des Geldwesens in die öffentliche Hand war ja ein „Eingriff in die Heiligkeit des Privateigentums". Und heute: die kommenden Eingriffe werden wahrscheinlich viel schärfer erfolgen.

Wir forderten ein soziales Steuersystem. Denkschriften von uns mit brauchbaren Vorschlägen gelangten an den Reichstag. Aber wir „gingen viel zu weit", so sagte man uns. Und heute: dem Mammonismus geht es doch an den Kragen, nur daß er bei seinem Sturze zugleich das ganze Reichsgebäude mitgerissen hat. Wir forderten staatliche Unterstützung der Verbrauchergenossenschaften, statt dessen hat man sie bekämpft. Und heute? Im neuen Deutschland werden alle Drohnen in der Warenverteilung recht schnell verschwinden. Wir forderten die Oberhoheit des Staates über den Bodenbesitz, wir bekämpften den verfluchten Bodenwucher, wir forderten ein zeitgemäßes Enteignungsrecht für Kriegerheimstätten. Man verlachte uns und nannte uns Utopisten! Und heute? Das Sterbeglöcklein unserer Latifundien hat geläutet.

Wir forderten ein zeitgemäßes Dienst- und Arbeitsrecht. Man verweigerte es uns, obwohl unsere dienst- und arbeitsrechtlichen Verhältnisse schon dem verflossenen konstitutionellen System nicht mehr entsprachen, sondern aus der Zeit des absoluten Staates stammten. Und heute? Der Arbeiter- und Soldatenrat verpflichtet die höheren Staatsbeamten auf ihr Amt.

Und während des Krieges! Wir rufen alle Kollegen, wir rufen Dutzende von Behörden und ihre Spitzen zu Zeugen an: wie haben wir den Kriegswucher bekämpft, wie haben wir Front gemacht gegen die Kriegsgewinnler und ihre Schlemmereien, wie oft haben wir warnend hingewiesen auf die Schädlichkeit der Offiziersküchen für die Moral der Truppen, auf die Mißstände der Einjährigenwirtschaft im Heere, auf das mittelalterliche Beschwerdewesen und vieles andere mehr. Man hörte uns nicht, man saß ja so selbstsicher auf Bajonetten und vergaß, daß Bajonette ein sehr unbequemer Sitz sind. Beweis: die Revolution!

Wir forderten politische Rechte, das gleiche Wahlrecht für Preußen, Demokratisierung der Verwaltung und des Gemeindewahlrechts, die allgemeine Anwendung des Verhältniswahlsystems. Welche Kämpfe lagen auf dem Gebiet hinter uns! Aber man wollte keinen organischen Fortschritt und bekam dafür die — Revolution.

Wir forderten die Einheitsschule, ohne uns in den Streit, ob konfessionell oder interkonfessionell, zu mischen — Einheitsschule ist bei beiden Formen möglich —, man hat darüber geredet, aber nicht gehandelt. Und heute: wir stehen vor der Trennung von Kirche und Staat und den allerradikalsten Schulreformen!

Wir erinnern schließlich noch an unsere Stellung zu dem fürchterlichsten Massengemetzel, das die Weltgeschichte je gesehen. Seit Jahr und Tag, also nicht erst seit gestern, war in unserem Programm folgendes zu lesen:

„Solange der Mammonismus im wirtschaftlichen Leben der Völker, in der Weltwirtschaft und in der gesamten Kulturauffassung der Menschheit die heutige ausschlaggebende Rolle spielt, werden folgerichtig wirtschaftliche Gegensätze der Völker mit Waffengewalt ausgetragen werden. Dieser Zustand der Menschheit entspricht weder den christlich-sittlichen, noch den allgemein menschlichen Grundsätzen..."

Jawohl: wir hatten wiederum recht. Der zum Mammonismus gewordene Hochkapitalismus in allen kriegführenden Ländern erzeugte den Krieg.

Und bis zuletzt hatten wir recht, als wir es dutzendfach aussprachen: die hochkapitalistischen Demokratien Westeuropas und Amerikas werden, da sie eben nicht sozialistisch, sondern kapitalistisch sind, uns niemals einen Verständigungsfrieden, sondern nur einen Gewaltfrieden scheußlichster Art zubilligen, selbst wenn Liebknecht Deutschland regierte.

Wir haben uns seit Jahr und Tag gegen einen Sozialismus von der Krawattennadel bis zum Besenstiel gewandt. Wir weisen auf das fürchterliche Chaos in Rußland hin mit seinem Hunger, Elend und Verzweiflung. Wir haben vom ersten Revolutionstage an diese Spielart des Sozialismus bekämpft, wie er sich bei den deutschen Spartakusleuten und einem Teil der „Unabhängigen" äußert. Mit doktrinärem Dekretsozialismus unter Ausschaltung der Gewerkschaften, auch der sozialdemokratischen, mit geradezu unsinnigen Eingriffen lokaler politischer Instanzen in unser Wirtschaftsleben, insbesondere in unsere Ernährungswirtschaft, wird keine sozialisierte Wirtschaft geschaffen, sondern nur das Bestehende zerstört, ohne anderes an seine Stelle setzen zu können. Der kapitalistische Wirtschaftsstaat kann nur durch eine organische Sozialisierung unter Mitwirkung der Gewerkschaften in den verschiedensten Wirtschaftszweigen unter Berücksichtigung der Tüchtigkeit des einzelnen und der Weltkonkurrenzfähigkeit umgestaltet werden. Wir warnen! Schon herrscht in den einzelnen Wirtschaftszweigen eine schlimme Unordnung. Noch einige Wochen so weiter, dann müssen unsere Großstädte glatt verhungern. Wir forderten vom ersten Tage der Revolution an die Einberufung der Nationalversammlung. Der radikale Flügel unserer Regierungsgewalten sträubt sich dagegen und träumt von einer Diktatur des Proletariats. Lernen diese Männer nicht etwas sehr schnell um, dann gibt es keinen Vorfrieden, keinen Frieden, kein Brot — dann wird sich Deutschland in eine große Zahl von Republiken, wenn auch nur zeitweilig, auflösen. Die Ententetruppen werden Deutschland besetzen. Der Frieden wird dann noch schlimmer als ein Negersklavenfrieden werden.

* * *

Warum müssen wir das alles sagen? Nun, um unseren Kollegen erneut klarzumachen, daß sie bis jetzt eine zielklare Führung hatten. Eine Führung, die besonders jetzt unbedingtes Vertrauen verdient! Kollegen! Wir fordern von Euch Vertrauen und unbedingte Gefolgschaft! Eure Führung hat seit dem durch den Kanzler Prinzen Max erfolgten Friedensangebot auch noch nicht einen Augenblick den Kopf verloren. Wir glauben nach wie vor an unsere Sache, an unsere Ideen, an die Verwirklichung unserer Forderungen. Wir glauben trotz aller Schicksalsschläge auch an die Zukunft unseres deutschen Volkes, das heute, frei von der Ver-

gangenheit, dazu berufen ist, den übrigen Völkern neue Staats- und vor allem neue Wirtschaftsformen zu geben.

* * *

Die Zukunft liegt arbeitsschwer vor uns. Kapitalistische Demokratien haben uns in brutaler Weise das Knie auf die Brust gesetzt. Die Waffenstillstandsbedingungen sind brutal, grausam, gemein. An diesen die kommenden Friedensbedingungen gemessen, dürften uns die feindlichen kapitalistischen Demokratien einen Raub- und Gewaltfrieden schlimmster Art aufzwingen. Trotzdem gilt es für uns gewerkschaftlich organisierte Eisenbahner, zu arbeiten und nicht zu verzweifeln. Es gilt zunächst, das organisatorische Leben, kurz, den ganzen Verbandsbetrieb hochzuhalten.

Weiter: die Schranken zwischen Arbeiter und Beamten fallen. Sonderbündeleien sind zwecklos. Kleine Spartenverbände werden sich in Zukunft nicht zwischen den zwei großen Gewerkschaftsrichtungen behaupten können. Ohne Aktionseinheit mit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft werden sich auch die Beamtengruppen niemals durchsetzen. Aus dieser Erkenntnis heraus sind die führenden Männer der Eisenbahner im Reichskartell, gemeinsam mit befreundeten Verbänden, unter anderen den Privateisenbahnern, dazu übergegangen, und haben das bisherige Kartellverhältnis zu einem festen Verbandsverhältnis umgewandelt. Die Zustimmung der in Frage kommenden Instanzen ist gesichert.

Die so zusammengefaßte Gewerkschaft deutscher Eisenbahner wird einhunderteinfünfunddreißigtausend untere Eisenbahnbeamte, Handwerker, Arbeiter und Strombaubedienstete umfassen.

Die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner ist dem Deutsch-demokratischen Gewerkschaftsbunde angeschlossen. Es ist dieses eine Zusammenfassung der liberalen, freiheitlich-nationalen und christlich-nationalen Gewerkschaften, der Techniker-, Angestellten- und Beamtenverbände mit einelnhalb Millionen Mitgliedern. Das bisherige Verhältnis der einzelnen Verbandsgruppen innerhalb der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner zu anderen Großorganisationen wird durch die straffe Zusammenfassung der Kräfte nicht berührt. Das Reichskartell als solches bleibt trotz des vollzogenen festen gewerkschaftlichen Zusammenschlusses der darin befindlichen Eisenbahnergruppen bestehen und wirkt als Zentralstelle für alle Staatsangestelltengruppen auch in den übrigen Dienstzweigen weiter. Alle technischen Einzelheiten werden durch die eingeleiteten Sonderverhandlungen ihre Erledigung finden.

Der provisorische Vorstand der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner ist beauftragt, die Verhandlungen mit gleichartigen Verbänden zwecks Zusammenschluß einzuleiten.

Zwischen den süddeutschen Eisenbahnerverbänden mit 50 000 Mitgliedern, die bekanntlich das Prinzip der Zentralorganisation (vom Lokomotivführer bis zum Rottenarbeiter in einer Einheitsorganisation bei Spartengliederung) haben, und dem Zentralverbande der Eisenbahner waren schon vor einiger Zeit Einigungsverhandlungen eingeleitet worden, da, gleich wie das neue Deutschland konstruiert wird, es auf alle Fälle zu Reichseisenbahnen kommen wird. Diese Verhandlungen werden jetzt vom Vorstande der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner mit den süddeutschen Verbänden weitergeführt. Sie dürften mit der Konstituierung des neuen Deutschlands ihren Abschluß finden. Es würden dann schon zweihunderttausend untere Eisenbahnbeamte und Staatsarbeiter in einer starken Zentralorganisation vereinigt sein, die sich, gestützt auf die deutsch-demokratischen Gewerkschaftsgruppen, ihren Platz an der Sonne erkämpfen würden. Die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner umfaßt vorerst nur untere Beamte und Arbeiter, weil dieses eine in etwa einheitliche soziale Schicht ist. Inwieweit ihr Tätigkeitsgebiet nach oben erweitert wird, ist bis zur Stunde noch nicht entschieden. Jedenfalls ist der Begriff „untere Beamte" nicht im Sinne der alten Gehaltsregulative zu verstehen. Die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner macht also ihre Tore weit auf, auch für Beamte, die sich bisher zu den „mittleren" zählten, unter der Voraussetzung, daß diese auf gewerkschaftlichen Boden treten und proletarisch denken lernen.

Die heute noch so häufig widerstrebenden Interessen der verschiedenen Gruppen werden in der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner ihren rechten Ausgleich, und, soweit es sich um Spezialinteressen handelt, auch ihre gerechte und nachdrückliche Vertretung finden.

Die örtlichen Führer der verschiedenen Dienstgruppenverbände treten sofort zusammen und bilden einen Ortsverband der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner.

Kollegen! Es gilt zu handeln! Die Gegenwart gehört der Tat! An die Spitze der Ortsverbände gehören Männer mit gewerkschaftlicher Praxis und gewerkschaftlicher Erfahrung.

Die Adressen der Ortsverbandsvorsitzenden sind alsbald in zwei Ausfertigungen an den vorläufigen geschäftsführenden Vorsitzenden der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, Kollegen Wilhelm Gutsche, Berlin W., Kochstr. 9, Gewerkschaftsbüro, und an die alte Geschäftsstelle, Elberfeld, Island 11, einzusenden. An dem übrigen Geschäftsverkehr zwischen den örtlichen Stellen und den Geschäftsstellen der Gruppenverbände wird nichts geändert.

Vielleicht taucht hier und da die Frage auf, warum jetzt keine einheitliche deutsche Arbeiterbewegung geschaffen werde.

Dazu sagen wir folgendes:

Erstens einmal sind wir keine Gesinnungslumpen. Wir gehörten früher nicht zu den Hurrapatrioten des alten Systems, wir werden auch keine Hurrapatrioten der neuen Regierung sein. Der neue Reichskanzler Ebert verlangt von uns Pflichterfüllung, die hat er bisher von uns erhalten, die soll er auch in Zukunft unter bestimmten Voraussetzungen haben, er verlangt keine Gesinnungslumperei. Und selbst wenn der besonders in Privatbetrieben einsetzende Terror auch von uns Gesinnungslumperei verlangen sollte, — wir sind hart wie Stein, — wir beugen uns nicht! Mag's biegen oder brechen!

So lange die freien Gewerkschaften von dem wütenden Kampf der drei sozialistischen Gruppen gegeneinander umbrandet und durchrüttelt werden, sind sie kein geeigneter Kristallisationspunkt für alle Arbeiter-, Angestellten- und Beamtengruppen, die bisher im nicht-sozialdemokratischen Lager standen. Hinzu kommt, daß sich die geistigen und sittlichen Ideen, die bisher unserer Gesamtbewegung den Schwung gaben, nicht einfach totschlagen lassen, auch nicht von einer nur materialistischen Weltbetrachtung der Sozialdemokratie ersetzt werden können. Die Sozialdemokraten werden, soll es zu einer einheitlichen Arbeiterbewegung kommen, ihren Sozialismus vorerst ethisch verankern müssen.

Vorstehendes ist kein endgültiges Urteil. Die Möglichkeit besteht, daß die Entwicklung der Verhältnisse schließlich noch eine einheitliche deutsche Arbeiter- und Angestelltenbewegung schafft. Durch Terror wird dieselbe bestimmt nicht geschaffen werden! Die Begleiterscheinungen der Revolution haben uns nur noch in der Auffassung bestärkt, daß ein Volk, das seine ganze Kultur und Wirtschaft nur auf materialistischen Sozialismus einstellt, ein elendes Fiasko erleiden muß. Neben der Umgestaltung der Verhältnisse, der Wirtschaftsformen müssen sittliche Ideen, die den ganzen Menschen erfassen, im Volksleben wirksam sein, sonst gibt es keinen Aufstieg des Proletariats, sondern einen elenden Zusammenbruch.

Abgesehen von all diesem: unsere bestimmte Vorstellung, die wir von der organischen Sozialisierung unserer Wirtschaft haben, unterscheidet sich grundsätzlich von dem „Kuh-im-Porzellanladen-Sozialismus" der Bolschewisten und sozialistischen Doktrinäre. Wir vertreten einen Sozialismus des gesunden, praktischen Menschenverstandes. Nichts weiter und nichts mehr!

Nach sozialdemokratischen Rezepten mit einem Schlage alle Produktionsmittel vergesellschaftlichen zu wollen, würde zu einem vollständigen Zusammenbruch unserer Wirtschaft führen.

Unser national-wirtschafts-sozialistischer Standpunkt ist im Gegensatz zu einem extremen Internationalismus gerade jetzt besonders gut fundiert, weil die internationalen Sozialisten der Ententeländer ruhig zusehen, wie das deutsche Volk von der Kapitalistenmeute der Entente und ihrer Gerichtsvollzieher geschunden, zerschlagen und ausgepreßt wird.

Also: wir sehen keinen Grund, gerade jetzt unsere gewerkschaftliche Selbständigkeit und unsere eigene Ideenwelt aufgeben zu müssen.

Eisenbahner! Staatsbedienstete! Arbeitsbrüder! Im Sinne vorstehender Grundsätze, im Sinne der nachfolgend abgedruckten Programmsätze werden wir für Euch, auf dem Boden der durch die Revolution geschaffenen Tatsachen stehend, arbeiten! Die Not der Zeit muß ein unzerreißbares Band um die schlechtbesoldeten Beamten und Staatsarbeiter und -handwerker schlingen.

Eure religiösen Gefühle, auch Eure Gefühle, die der geschichtlichen Vergangenheit des deutschen Volkes entspringen, werden in der neuen großen Eisenbahnergewerkschaft strengstens respektiert und geachtet werden. Und nicht nur das. Unsere Eisenbahnergewerkschaft wird auch in Zukunft ein freies Auswirken der sittlichen Kräfte im deutschen Volks- und Wirtschaftsleben fordern.

* * *

Mit dem Zusammenbruch der alten Gewalten vollzog sich nicht nur der Zusammenbruch der herrschenden Wirtschaftsgewalten, sondern auch ein Zusammenbruch der bürgerlichen Parteien. Sie haben ihr Schicksal selbst heraufbeschworen. Die kapitalistischen Interessen waren in ihnen hundertfach stärker vertreten als die sozialen. Ihr Schicksal ist erfüllt: Nie wieder werden sie in ihren alten Formen erstehen! Und auch die vielen Galoppgründungen neuer Parteien scheinen viel weniger den Zweck zu haben, Neues zu schaffen, als das Alte zu galvanisieren. Kapitalsinteressen lassen sich — siehe Frank-

reich, England, Amerika — wunderbar mit demokratischen Freiheitsphrasen umhüllen. Parteien mit demokratisch-kapitalistischer Tendenz werden in uns entschlossene und unerbittliche Gegner finden. Die Arbeitnehmer: Beamten, Arbeiter, Angestellten, haben sich jahraus, jahrein abgequält, um in den bürgerlichen Parteien den sogenannten „Einfluß zu gewinnen". Und mit welchem Erfolge? Der Rest ist Schweigen!

Ein endgültiges Urteil über die neuen Parteigebilde läßt sich zurzeit noch nicht abgeben. Wahrscheinlich ist, daß wir bei den Nationalwahlen mit anderen Gruppen des Deutsch-demokratischen Gewerkschaftsbundes selbständig vorgehen werden. Im übrigen respektieren wir selbstredend die politische Gewissensfreiheit unserer Mitglieder.

* * *

Die Interessenvertretung innerhalb der Direktionen und Aemter erfolgt in Zukunft direkt durch die Funktionäre und freigestellten Beamten der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner. Die letzteren haben sofort allen Verbandsgruppen durch Streuzettel und Zirkulare ihre Bureauadressen mitzuteilen und sofort ihre Arbeit im Sinne dieses Aufrufes aufzunehmen.

* * *

Unsere Forderungen.

A.

Der Deutsch-demokratische Gewerkschaftsbund, dem wir angeschlossen sind, fordert:

1. Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung.
2. Ein großdeutsches Reich als Wirtschaftseinheit mit wirklich demokratischer Verwaltung und Verfassung.
3. Gleichheit aller hinsichtlich der staatsbürgerlichen Rechte.
4. Freie Bahn den Tüchtigen in Staatsleitung, Verwaltung, Kunst und Wissenschaft.
5. Organische und planmäßige Sozialisierung unserer Wirtschaft unter Aufrechterhaltung der persönlichen Initiative und Tüchtigkeit sowie der Wettkonkurrenzfähigkeit.
6. Unbedingte Mitwirkung der Gewerkschaften und Berufsvereine bei allen wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung, insbesondere bei der Sozialisierung einzelner Industrie- und Gewerbezweige.
7. Garantie der Bezüge und Pensionen aller Staatsbediensteten.

B.

Die Leitung der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner unterbreitet ihren Mitgliedern und Funktionären nachfolgenden

Programmentwurf:

Wir fordern unter Vorbehalt aller späteren, sich aus der jeweiligen Sachlage ergebenden Forderungen:

I. In Staat und Verfassung:

1. Baldmöglichste Einberufung einer verfassunggebenden Nationalversammlung. Wahlberechtigt sind alle Männer und Frauen über 20 Jahre, Verhältniswahl.
2. Ein einheitliches Deutsches Reich mit demokratischer Verwaltung. Gleiches Wahlrecht in Staat und Gemeinde für Männer und Frauen. Verhältniswahl.
3. Zusammenfassung aller Deutschen in diesem Reiche auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes.
4. Völkerbund.

II. In Recht und Rechtspflege:

1. Gleichheit aller hinsichtlich der staatsbürgerlichen Rechte.
2. Gleichstellung der Staatsbeamten und Staatsarbeiter mit den gewerblichen Arbeitern in dienst- und arbeitsrechtlicher Beziehung. Freies Vereins- und Versammlungsrecht. Freies Koalitionsrecht für Gewerkschaften aller Richtungen. Kampf jedem Terror, ganz gleich, von wem er ausgeht.

III. Im Bildungswesen:

1. Freie Bahn allen Tüchtigen in Staatsleitung, Staatsbetrieben, Verwaltung, Kunst und Wissenschaft.
2. Beseitigung alles Berechtigungswesens und aller Standesvorteile im Schulwesen.

IV. Im Kultus:

1. Glaubens- und Gewissensfreiheit für jedermann.
2. Angesichts der bevorstehenden Trennung von Kirche und Staat: gleichen Schutz und gleiche Freiheit jeder Religionsgemeinschaft.
3. Pflege edler deutscher Geisteskultur und Geisteswissenschaften.

V. Im Wirtsstaftsleben:

A. Staatswirtschaft.

1. Ausreichende Besoldung und Entlöhnung. Menschenwürdiges Dasein. Verminderung der Gehaltsklassen. Drei Lohnklassen.
2. Gleichstellung der Privateisenbahner mit den Staatseisenbahnern.
3. Gleichstellung der Beamten und Arbeiter des fiskalischen Wasserbauverwaltung mit den gleichartigen Beamten und Arbeitern der Eisenbahnverwaltung.

B. Uebergangswirtschaft.

1. Restlose Erfassung aller Kriegsgewinne. Auskunftpflicht der Banken, Sparkassen und Luxusgeschäfte.
2. Sperrung der Grenzen, damit die Kriegsgewinnler ihr Blutgeld nicht in Sicherheit bringen können.
3. Rationierung der Wohnräume zur Unterkunft für die heimkehrenden Krieger. Großzügige Wohnungsbereitung für kinderreiche Familien.
4. Organisierung von Notstandsarbeiten zur Deckung dringenden Bedarfes und Beschäftigung der heimkehrenden Krieger. (Bau von Stadt- und Gemeindewohnungen, ländlichen Einzelsiedelungen, Genossenschaftsdörfer. Umwandlung der Militärwerkstätten in Eisenbahnwerkstätten. Verkehrsbauten, Bau des Mittellandkanals usw.)
5. Ausreichende Arbeitslosenunterstützung. Organisierung des Arbeitsnachweises nach den Vorschlägen der Gewerkschaften.

C. Wirtschaftsziele.

1. Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht.
2. Anpassung der Produktion an die Dringlichkeit des Bedarfes.
3. Hebung und Verbesserung der gesamten Produktion.
4. Heimatstaatliche Erlaubnis zu außerstaatlichen Anlagen.
5. Organische Anbahnung der sozialistischen Wirtschaftsweise unter Mitwirkung der Gewerkschaften. Im einzelnen:
6. Ueberführung der Bodenschätze, der Elektrizität, der Wasserkräfte, des gesamten Verkehrs- und Transportwesens zu Wasser, zu Lande und in der Luft, in die öffentliche Hand, Staatsmonopole auf Geld-, Bank-, Versicherungs-, Anzeigenwesen, Apotheken.
7. Zusammenfassung gleichartiger Industriezweige unter staatlicher Kontrolle. Beteiligung des Staates und der Angestellten und Arbeiter am Unternehmergewinn. Mitwirkung geschulter Angestellten und Arbeiter in der Leitung des Produktionsprozesses und Mitwirkung des Staates und der Verbrauchergenossenschaften bei der Preisbildung.
8. Enteignung des Bodens zum Wohnungsbau unter Nennwert.
9. Oberhoheit des Staates über Eigentum an Grund und Boden.
10. Aufteilung des Großgrundbesitzes, Höchstmaß nach Güte und Lage.
11. Ausschaltung des Zwischenhandels. Förderung und Mitwirkung des Staates und der Gemeinden am genossenschaftlichen Handel und der genossenschaftlichen Eigenproduktion.
12. Neuordnung und organischer Aufbau des gesamten Steuerwesens. Beschränkung des Erbrechtes nach Grad und Summe.

* * *

An unsere Mitglieder!

Werte Kollegen!

Wir bitten den Inhalt des vorstehenden Aufrufs dringend zu beachten. Unser Verband ist fortan ein Bestandteil der „Gewerkschaft deutscher Eisenbahner". Auf die Selbständigkeit unserer Spartenarbeit, auf die Wohlfahrtseinrichtungen und den Geschäftsverkehr hat das vorerst keinen Einfluß. Hierzu müssen erst alle maßgebenden Instanzen miteinander verhandeln. Aber eins ist durch die Bildung der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner zunächst erzielt, die Errichtung einer gewerkschaftlichen Einheitsfront. Ueber die Richtlinien zu einheitlich technischer Unterlage für unsere Gewerkschaftsarbeit wird noch im einzelnen zu beraten sein. Die straffe Zusammenfassung der Kräfte durch eine zentralistische Eisenbahnergewerkschaft war durch die Zeitumstände notwendig geworden. Zwischen Beamten und Arbeitern muß unbedingte Solidarität herrschen. Kollegen! Es ist deshalb Eure Pflicht, sofort mit der Werbearbeit unter den Arbeitern und Handwerkern, die jetzt zu Hunderttausenden in die Staatsbetriebe kommen, zu beginnen. Jeder unorganisierte Arbeiter und Handwerker gehört in die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner. (Arbeitergruppe). Kollegen! Rührt Euch, sorgt für Euren Nachwuchs. Das Koalitionsrecht ist frei! Stellt Euren Mann! Kein Mensch darf Euch hindern, die Arbeiter der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner zuzuführen. Andererseits werden die auf unserem Boden organisierten Arbeiter mithelfen, daß alle Beamten den Beamtengruppenverbänden der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner zugeführt werden.

Kollegen! An die Arbeit! Laßt Euch nicht verblüffen! Stellt Euren Mann in der Agitation und im Wettstreit der Meinungen! Die ausgefüllten Aufnahmezettel sind sofort an die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, alte

Geschäftsstelle, Elberfeld, Island 11, einzusenden. Von hier aus erfolgt dann der Versand der Mitgliedskarten. Sofort Ortsvereine für die Arbeiter bilden. Aeußerst wichtig ist, daß auch in allen Orten sofort Orstverbände der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner gebildet werden. Auch unsere Kollegen sollen am Zustandekommen derselben mitwirken. Zu diesem Zweck ist sofort an die örtlich führenden Kollegen der übrigen Dienstgruppen (Beamtengruppen des Reichskartells und befreundeter Verbände der Arbeiter heranzutreten, sie zusammen zu rufen und einen Ortsverband zu bilden. Satzungen für die Ortsverbände fordere man von der alten Geschäftsstelle, Elberfeld, Island 11, ein.

Noch eins, Kollegen! Tragt gewerkschaftliche Aufklärung in alle Volksgruppen, in alle Beamten-, Angestellten- und Arbeiterschichten. Die großen Beamten-, Angestellten- und Arbeiterheere stehen im Zeitalter der gewerkschaftlichen Organisation. „Neutrale" Gebilde werden sich weder unter den Beamten, noch unter den Angestellten, noch unter den Arbeitern halten können. Alle Organisationen, alle Einzelmitglieder derselben müssen eine klipp und klare Entscheidung fällen. Entweder entscheiden sie sich für den Anschluß an uns — und wir halten diese Entscheidung für absolut richtig — für die deutsch-demokratische Gewerkschaftsrichtung, oder sie gehen zu den sozialdemokratischen Gewerkschaften. Ein Drittes gibt's nicht!

Eine Vereinigung von Standesgenossen ist an und für sich noch längst keine Gewerkschaft. Eine Vereinigung, die ohne Anschluß an eine der beiden großen Gewerkschaftsrichtungen hin- und herfackelt, ist ebenfalls keine Gewerkschaft. Eine Beamtenvereinigung, die sich exklusiv von der Arbeiterschaft abschließt, ist erst recht keine Gewerkschaft. Nur gewerkschaftliche Organisationen werden in Zukunft an der tariflichen Festsetzung der Dienst- und Arbeitsverhältnisse in den Staatsbetrieben mitwirken können.

Selbstverständlich ist es, daß die Interessen unserer Kategorie in der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner voll und ganz gewahrt werden.

Mit freundlich-kollegialem Gruß!

Der Verbandsvorstand.

J. A.: **C. Schneider**, 1. Vorsitzender.

Achtstundentag.

Der Minister
der öffentlichen Arbeiten.
IV. 46. 146. 746.

Betrifft: Achtstundenarbeitstag.

Berlin W. 66, den 18. Nov. 1918.
Wilhelmstraße 79.

1. Sofort vom Tage des Eingangs dieses Erlasses ist in den Haupt- und Nebenwerkstätten sowie den übrigen fabrikartigen Betrieben der Eisenbahnverwaltung (Gasanstalten, Licht-, Kraft- und Schwellentränkungsanstalten) und für die Arbeiter der Reparaturwerkstätten in den Betriebswerkmeistereien der achtstündige Arbeitstag einzuführen. Die Schichten sind so zu bemessen, daß die reine Arbeitszeit 8 Stunden beträgt. Der Beginn und das Ende der Schichten sowie die Dauer und Verteilung der Arbeitspausen sind im Benehmen mit den Arbeiterausschüssen festzusetzen. Da, wo der Arbeitsbetrieb den ganzen Tag oder dauernd Tag und Nacht aufrechterhalten werden muß, werden zusammenhängende Schichten anzuordnen sein. Im übrigen wird es von den Wünschen der Arbeiterschaft abhängig gemacht werden können, ob die achtstündige Arbeitszeit auf eine Vormittags- und eine Nachmittagsschicht zu verteilen ist.

Mit Rücksicht auf die starke Belastung der Haupt- und Nebenwerkstätten ist dahin zu streben, den Arbeitsausfall, der durch den Wegfall der Sonntagsarbeit, der werktäglichen Ueberstunden und nun auch durch die Abkürzung der regelmäßigen Arbeitszeit von 9 auf 8 Stunden in diesen Werkstätten eintritt, durch Einführung doppelter Arbeitsschichten auszugleichen. Voraussetzung hierfür ist das Vorhandensein einer ausreichenden Belegschaft in den einzelnen Werkstattsabteilungen. In solchen Fällen wird — unter Vermeidung unwirtschaftlicher Nachtschichten — in einer Frühschicht und einer Spätschicht zu arbeiten sein. Jene würde etwa um 6 Uhr morgens zu beginnen haben und unter Einrechnung einer halbstündigen Pause bis 2½ Uhr nachmittags dauern. Ob sich die Spätschicht unmittelbar an die Frühschicht anschließt oder aus Rücksicht auf die dienstliche Ordnung sowie aus Zweckmäßigkeitsgründen mit etwa halbstündigem Abstand auf die Frühschicht folgt, wird unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse und der Wünsche der Arbeiterschaft zu entscheiden sein. Bei einer solchen Regelung wird unter Umständen auch von der Einlegung von besonderen Ekpausen abgesehen werden können, wenn es angängig erscheint, daß die Arbeiter ihr Frühstück und Nachmittagsbrot während der Arbeit verzehren. Ueber die Regelung des Werkstättendienstes in technischer Hinsicht folgen besondere Anordnungen.

Mit der Einführung der achtstündigen Arbeitszeit wird eine Schmälerung des Arbeitsverdienstes nicht verbunden sein; nähere Bestimmungen hierüber bleiben vorbehalten.

Wo die Einrichtung von zwei oder drei Arbeitsschichten aus Mangel an Arbeitskräften nicht möglich ist, wird es sich wegen des Umfanges der unbedingt zu leistenden Arbeit nicht umgehen lassen, teilweise zunächst noch mit Ueberstunden zu arbeiten, soweit die Arbeiterschaft hierzu bereit ist. Ich vertraue, daß die Arbeiterschaft, die eingehend über die Notwendigkeit und die hohe Bedeutung dieser Arbeit für die Aufrechterhaltung der Volksernährung und Durchführung der Demobilmachung aufzuklären ist, diese unentbehrliche Mehrarbeit gern leisten wird. Diese Ueberstunden sind nach den geltenden Grundsätzen besonders zu vergüten; es darf kein Zweifel darüber bestehen, daß sie als Ausnahmemaßnahme baldmöglichst ohne Entschädigung in Fortfall kommen.

2. In gleicher Weise ist der achtstündige Arbeitstag sofort einzuführen, sofern es sich um eine der fabrikmäßigen ähnliche, durch Betriebspausen nicht unterbrochene Tätigkeit handelt (z. B. Rottenarbeiter, Kohlenlader usw.).

3. In allen anderen Dienstzweigen ist die tägliche Dienstdauer für Beamte und Arbeiter um eine Stunde, jedoch nicht unter 8 Stunden, zu kürzen, sobald die Anforderungen des Dienstes dies irgend zulassen; auch hier darf eine Einkommensverminderung nicht eintreten. Der anzustrebende Zustand ist auch hier, daß die reine Arbeitszeit jedes Bediensteten täglich nur 8 Stunden beträgt.

Durch Annahme und Ausbildung aller erreichbaren Arbeitskräfte ist dahin zu wirken, daß die Durchführung dieser Maßnahme, von der den beteiligten Bediensteten unverzüglich Kenntnis zu geben ist, möglichst bald erfolgen kann.

Hoff.

An
die Eisenbahndirektionen
— je besonders —

Die Beamten im sozialisierten Wirtschaftsstaat.

Das gewerkschaftliche Umlernen fällt einzelnen Beamtengruppen noch recht schwer. Sie haben noch nicht erkannt, daß die soziale Revolution auch tiefeinschneidende Aenderungen in der Stellung der Beamten im Wirtschaftskörper mit sich bringen muß. Die Folge hiervon ist aber, daß das gesamte organisatorische Leben der Beamtenverbände entsprechend neu umgestellt werden muß.

Hören wir, was dieser Tage ein führendes Mitglied der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in einem Kreise von Sozialpolitikern ausführte:

„Ich bin der Auffassung, im Gegensatz zu einem meiner Vorredner, daß die Beamten die volle Koalitionsfreiheit nötig haben. In Zukunft werden die Beamten keine Ausnahmestellung gegenüber den Arbeitern mehr einnehmen. Das Aufrücken wird nicht nach dem Dienstalter, sondern nach der Tüchtigkeit und Leistungsfähigkeit erfolgen müssen. Die Beamten brauchen dann also das Recht des freien Zutrittes zur Koalition."

Die Konsequenz davon ist, daß die Beamtenkoalition der Zukunft kein Standesverein der alten Ueberlieferung sein kann, sondern eine moderne Gewerkschaft, wie sie unsere „Gewerkschaft deutscher Eisenbahner" im Anschluß an den Deutsch-demokratischen Gewerkschaftsbund ist. Die gewerkschaftliche Organisation der Beamten der Zukunft wird in höchstem Maße die Solidarität der Arbeiterschaft beim Abschluß von korporativen Verträgen, die ihre Dienst- und Einkommensverhältnisse regeln, und die dann durch die Gesetzgebung bestätigt werden, brauchen.

Kollegen in Stadt und Land!

Nehmt sofort auf der ganzen Linie in Versammlungen Stellung zu diesem Programmentwurf. Uebermittelt Eure Zustimmungs- bzw. Ergänzungserklärungen sofort an den Kollegen Gutsche-Berlin, Kochstr. 9, Gewerkschaftsbureau.

Dann dürfen wir nicht übersehen, daß die Sozialdemokratie grundsätzlich dem Beamtenstand durchaus abhold gegenüber steht, da sie programmatisch weder die erworbenen Rechte, noch die traditionelle Sonderstellung der Beamten im ganzen Staat garantieren kann, so sehr sie vorläufig den Beamten gegenüber Opportunitätspolitik treibt, weil sie sie braucht zur Aufrechterhaltung des Verkehrs und der öffentlichen Ordnung.

Hieraus ziehen wir nun eine äußerst wichtige Erkenntnis, nämlich daß die Beamten, insbesondere die Unterbeamten, restlos

gewerkschaftlich organisiert

werden müssen, d. h. daß unsere Unterbeamtenverbände sich in gewerkschaftliche Organisation umwandeln müssen. Welche Konsequenzen sich hieraus im einzelnen ergeben, ist heute noch verfrüht zu sagen. Jedoch eine weitere Erkenntnis tritt jetzt schon klar zutage. Das gesamte erwerbstätige deutsche Volk wird sich in zwei verschiedenen gewerkschaftlichen Lägern sammeln. Ein großer Teil des deutschen Volkes denkt nicht sozialdemokratisch, wird es auch in Zukunft nicht tun. Dieser Teil wird sich daher gewerkschaftlich im Gegensatz zu den sozialdemokratischen Gewerkschaften zusammenfinden, unbeschadet der gemeinsamen Vertretung solcher Fragen, an denen das erwerbstätige Volk in seiner Gesamtheit interessiert ist. Diese Sammlung der nicht sozialdemokratischen Gewerkschaften ist im vollen Zuge. Vor wenigen Tagen hat sich als Gegengewicht gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaften der

„Deutsch-demokratische Gewerkschaftsbund"

gebildet, dem sofort gewerkschaftliche Verbände mit fast 1½ Millionen Mitglieder beigetreten sind. Es gehören zunächst dazu: „Christliche Gewerkschaften", die „Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften", „Allgemeiner Eisenbahnerverband" (Trier-Berlin), „Reichskartell der Staatsangestelltenverbände (Sitz Elberfeld)", „Techniker-Verband", „Deutsch-nationaler und Leipziger Handlungsgehilfenverband" und Lokomotivführerverband". Weitere Anschlüsse, auch von Unterbeamtenverbänden, stehen bevor. Durch den Beitritt des „Reichskartells" ist auch unser Verband am „Deutsch-demokratischen Gewerkschaftsbund" beteiligt. Daß dieser Bund von entscheidender Bedeutung werden wird, ist jedem Einsichtigen klar. Seine Aufgabe ist es, den Großkampf gegen die Diktatur einer einzelnen Klasse durchzuführen.

Unsere Sonderinteressen auf Koalitionsfreiheit und auf Verhinderung eines Organisationsmonopols des „Deutschen (sozialdemokratischen) Eisenbahner-Verbandes" im Eisenbahnbetrieb verlangen gebieterisch den gewerkschaftlichen Ausbau unserer Verbände. Auch hier drängt sich uns eine besondere Erkenntnis auf. Zwischen den Organisationskolossen mit Millionen Mitgliedern können kleine Fach- und Spartenverbände den Kampf um ihre Existenz nicht bestehen. Hinzu kommt zweierlei:

1. Der „Deutsche Eisenbahnerverband" ist eine Zentralgewerkschaft für Eisenbahnbeamte und -arbeiter zugleich. Die Revolution hat aber für diesen Verband eine fabelhaft günstige Sachlage geschaffen, so daß er mit Leichtigkeit und jetzt schon mit denkbar größtem Erfolg die Aushöhlung der zahllosen Spartenverbände im Eisenbahnbetriebe betreibt.

2. Die Revolution hat die Unterscheidung zwischen Eisenbahnhandwerkern und -arbeitern auf der einen Seite und Eisenbahnunterbeamten auf der anderen Seite mit einem Schlag beseitigt. Die Interessen dieser drei Kategorien von Eisenbahnbediensteten sind fortan dem Grund nach einheitlich und nur noch technisch voneinander verschieden. Wollen wir nun die Interessenvertretung der Unterbeamten sicherstellen; als auch einem Organisationsmonopol des „Deutschen Eisenbahnerverbandes" mit Erfolg begegnen, dann muß sich unser Verband an der vom „Reichskartell der Staatsangestelltenverbände (Sitz Elberfeld)" ausgegangenen Gründung einer zentralen

Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsarbeiter

beteiligen. Diese „Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsarbeiter" ist aus den zahlreichen Verbänden des „Reichskartells" und den verschiedensten außerhalb des „Reichskartells" stehenden Unterbeamtenverbänden gebildet. Sie wird selbstverständlich nach Sparten gegliedert und somit den beitretenden Spartenverbänden die weitgehendste Selbständigkeit belassen.

Die Verschmelzung mit dem Berliner Verbande wird in keiner Weise durch diese Gewerkschaft beeinträchtigt. Wir haben begründete Ursache zu der Annahme, daß nicht nur der Berliner Verband, sondern auch die Unterbeamtenverbände außerhalb des Reichskartells der neuen Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsarbeiter beitreten werden, die bisher ihre Zustimmung noch nicht erteilen konnten. Die Verhandlungen schweben noch.

Mit dieser gewerkschaftlichen Neugründung im Verkehrsgewerbe ist ein Zustand geschaffen, der ein In-den-Himmel-Wachsen der sozialdemokratischen Bäume nicht nur hindert, sondern vor allem auch eine durchgreifende Interessenvertretung ermöglichen wird.

Zu alle dem kommt noch, daß aller Wahrscheinlichkeit nach die bisherigen bundesstaatlichen Eisenbahnen zur

Reichseisenbahn

zusammengelegt werden und demzufolge einer Vereinigung der neuen Eisenbahnergewerkschaft mit den süddeutschen Eisenbahnerverbänden, die schon längst geplant war, nichts mehr im Wege steht. Somit würde eine Eisenbahngewerkschaft mit mehreren 100 000 Mitgliedern entstehen, ein Machtfaktor, der sich unter allen Umständen durchzusetzen vermag.

In der Vergangenheit waren unsere Verbände von der Verwaltung lediglich geduldet. Sie konnten im wesentlichen, abgesehen vielleicht von parlamentarischen Aktionen, nur auf dem Wege des Wohlwollens etwas für ihre Mitglieder bei der Verwaltung erreichen. Mit diesem patriarchalischen Zustand hat die Revolution gründlich aufgeräumt. In der Zukunft wird die Arbeit unserer Verbände eine rechtliche sein, d. h. unsere Eisenbahnergewerkschaft wird durch ihre Organisation gleichberechtigt mit der Verwaltung an der Gestaltung der Gehalts-, Lohn- und Versorgungsverhältnisse mitwirken, sie werden gleichberechtigt im Disziplinarwesen mittätig sein und die Anstellungs- und Arbeitsverhältnisse mitbestimmen. Dieser Wesensunterschied kennzeichnet zugleich den Unterschied im Wesen unserer bisherigen Verbände und im Wesen der neuen Eisenbahnergewerkschaft. Unsere Eisenbahnergewerkschaft kann und wird nicht anders sein als wie die Gewerkschaften des Privatgewerbes bisher schon waren, lediglich mit den Erweiterungen, die die Revolution für die gesamte Koalitionsfrage gebracht!

Aus dem Dargelegten ergibt sich unzweideutig, daß das Organisationsleben der Eisenbahner durch die Revolution von Grund auf umgestaltet wurde und wir uns lediglich durch die Gründung einer Eisenbahnergewerkschaft an die durch die Revolution geschaffenen Verhältnisse anpassen.

Mit Verbandsgruß!

Der Verbandsvorstand.
J. A.: C. Schneider, Verbandsvors.

Mitteilungen der Reichs- und Staatsregierungen.

Finanz-Ministerium. Berlin, den 29. Nov. 1918.
J. Nr. 1. 137. 15.

Auf das gefällige Schreiben vom 7. ds. Mts.

An die planmäßig angestellten und die ständig gegen Entgelt beschäftigten außerplanmäßigen Staatsbeamten, wie an die ständig gegen Entgelt beschäftigten Lohnangestellten wird alsbald erneut eine einmalige Kriegsteuerungszulage in Höhe der im September ds. Js. gewährten zur Auszahlung gelangen.

(gez.) Dr. Südekum.

An die
Interessengemeinschaft deutscher Beamtenverbände.

Die Reichsregierung. Berlin, den 2. Dez. 1918.

Die Reichsregierung bestätigt den Empfang des Schreibens vom 25. November und der Entschließung vom 14. November.

Die Beamtenschaft des Reichs, der Bundesstaaten und der Gemeinden Deutschlands kann darauf vertrauen, daß die Reichsregierung alles tun wird, um die ihr durch den Krieg auferlegten Lasten nach Möglichkeit zu erleichtern und sie wirtschaftlich gegen die Folgen des Krieges in weitestem Umfange sicherzustellen. Für die Mitarbeit der Beamtenorganisationen wird die Reichsregierung stets dankbar sein. Ueber die Art, wie die Rechts- und Einkommensverhältnisse der Beamten nach den Grundsätzen des neuen Systems umgestaltet werden können, behält sich die Reichsregierung ihre Entschließung vor.

gez. Ebert.

An die
Interessengemeinschaft deutscher Beamtenverbände.

Lebenshaltung und Gehaltsreform.

IV.

Von **Otto v. Boenigk**, Jena.

Wenn auch unter den Zuschriften, welche mein Aufsatz über die Beamtengehaltsfrage im „Tag" hervorrief, Zustimmungen, selbst aus Beamtenkreisen, nicht fehlen, so verschwin-

den sie doch zwischen den entrüsteten Widersprüchen gegen meine Worte, die Notwendigkeit, der Wille und die Kunst des Sich-Einschränkens seien den Beamten verloren gegangen und müßten wieder hervorgesucht werden. Die Tatsache, daß unsere Beamtenschaft sich vielfach von dem allgemein herrschenden Zuge der Zeit, größere Ansprüche an die Lebenshaltung zu stellen, nicht ausgeschlossen hat, wird nicht zu widerlegen sein, wenn ich auch den Fehler gemacht habe, nicht ausdrücklich hervorzuheben, daß sich manche Kreise unserer Beamten davon freizuhalten gewußt haben. Ob ich recht habe oder irre — jedenfalls ist der ehrliche Widerspruch sehr erfreulich, denn er zeigt, daß der Wille, an dem altpreußischen bewährten System des Sich-Einschränkens festzuhalten, keineswegs geschwunden ist.

Ich habe auch wohl nicht deutlich genug zum Ausdruck gebracht, daß es mir nicht auf die gegenwärtige Kalamität ankommt, sondern auf die Lösung der Frage überhaupt, also auch für später. Allerdings ergibt sich das aus den gemachten Vorschlägen von selbst, da ihre Verwirklichung selbstverständlich nicht ohne langjährige Vorbereitungen möglich ist. Die gegenwärtige Gehaltserhöhung wird sich also nicht durch die anderen, weitsichtigen Maßnahmen vermeidbar machen lassen. Doch soll man sich schon jetzt — und das bezweckt mein Aufsatz — darüber klar sein, daß die Gehaltserhöhung nicht ein dauernd brauchbares Mittel zur Behebung der immer wieder auftauchenden Schwierigkeiten sein kann, daß man vielmehr durch manch andere Maßnahmen der Einzel-Selbsthilfe, der Gruppenselbsthilfe und der Staatshilfe andere Wege erschließen muß, insbesondere solche, welche dem Hauptgrunde der Miseren: der fortwährenden Preissteigerung und Geldentwertung zu Leibe gehen. Bei diesem ganzen System spielt die Frage der Sparfähigkeit oder -unfähigkeit, über die sich jene Zuschriften erregt auslassen, eine relativ untergeordnete Rolle. Denn sie ist, wie man sie auch beantwortet, belanglos für den Wert des angeregten Gesamtvorgehens. Daher wäre es bedauerlich, wenn wegen dieses einen Streitpunktes die Beteiligten sich den Blick derart trüben lassen würden, daß sie den ganzen Reformplan, der ihnen doch so wesentliche Vorteile in Aussicht stellt, von der Hand weisen.

Die Berechnung der einmaligen Teuerungszulagen für Feldeisenbahnbeamte.

Die einmalige Teuerungszulage, welche vor Weihnachten nach dem Stichtage vom 1. Dezember d. J. an alle Beamten gezahlt werden soll, ist nun endlich allen Beamten gleichmäßig bewilligt worden. Es ist für die Zahlung gleichgültig, ob der Beamte in der Heimat Dienst tut, ob er als Soldat zum Heeresdienste eingezogen ist, oder ob er etwa Militärbeamter z. B. im Feldeisenbahndienste ist. Es genügt, daß er am 1. Dezember d. Js. planmäßiger Beamter ist oder wenigstens Anspruch auf das Diensteinkommen an diesem Tage hat. Es wird die Teuerungszulage auch dann gezahlt, wenn das Gnadenquartal über den 1. 12. hinausgeht. Wenn z. B. der Beamte in der Zeit vom 1. September bis zum 30. November gestorben ist und das Gnadenquartal über den Stichtag hinaus gezahlt wird, so haben die Hinterbliebenen die einmalige Zulage zu erhalten.

Hiermit ist nicht nur ein lang ausgesprochener Wunsch der Feldeisenbahnbeamten endlich erfüllt, sondern es ist auch die Berechnung der Zulage ganz bedeutend vereinfacht worden. Bisher kamen nämlich die militärisch verwendeten Beamten bei allen Teuerungszulagen zu kurz, weil ihr militärisches Einkommen gegen die letzteren aufgerechnet wurde.

Nun liegen die Verhältnisse allerdings so, daß ein Teil der Feldbeamten bereits am 1. Dezember in die Heimat entlassen sein wird, ein großer Teil wird aber doch noch im Heeresdienste stehen. Mit ihnen wollen wir uns freuen, daß auch sie und ihre Angehörigen eine Weihnachtsfreude haben. Endlich ist hier klare und ganze Arbeit gemacht worden. Und das wollen wir der Regierung danken!

Bei der einmaligen Teuerungszulage vom 1. September 1918 liegen die Verhältnisse leider nicht so einfach. Für diese ist bei allen militärisch verwendeten Beamten nach dem bisherigen Verfahren das Militär- und Zivileinkommen gegenüberzustellen. Ein großer Teil der Beamten schied also ohne weiteres aus. Es entstanden außerdem noch Zweifel, ob die Reichsteuerungszuschüsse, welche den Feldeisenbahnbeamten nach dem Erlaß vom 7. Juli 1918 rückwirkend vom 1. April 1918 ab zu zahlen sind, als militärisches Einkommen mitzurechnen waren oder nicht. Es lag also nicht klar, ob den Feldeisenbahnbeamten bei der Berechnung der einmaligen Zulage vom preußischen Staate wieder das genommen werden sollte, was man ihnen vom Reiche bewilligt hatte. Ueber diese Frage ist nunmehr eine besondere Bestimmung ergangen.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat nämlich in einem Erlasse vom 15. November 1918 — IV. 42. 142. 529. — angeordnet: „Betr. Gewährung der einmaligen Kriegsteuerungszulage — Erlaß vom 4. September 1918 — IV. 42. 142. 420. — an militärisch verwendete Beamte.

Militärisch verwendete Beamte sind bei der Gewährung der einmaligen Kriegsteuerungszulage nach den Grundsätzen soweit zu berücksichtigen, daß sie geldlich nicht schlechter stehen, als die nicht eingezogenen Beamten bei Gewährung jener Zuwendung. Dabei sind die nach dem Erlasse vom 4. Juli 1918 — IV. 42. 142. 329. — den Beamten im Feldeisenbahndienste gewährten Kriegsteuerungszuschüsse als Militäreinkommen zu rechnen, soweit sie tatsächlich gezahlt sind (vom 1. April 1918 bis Ende Dezember 1918).

Die Gewährung der hiernach zuständigen einmaligen Kriegsteuerungszulage an die im Militärdienste stehenden Beamten ist mit Beschleunigung zu veranlassen, falls sie noch rückständig sein sollte."

Nach dieser Bestimmung sind also die Reichszuschüsse, oder wie wir sie genannt haben, die Teuerungszulagen der Feldeisenbahnbeamten auf die einmalige Teuerungszulage vom 1. September d. Js. anzurechnen, wenn sie tatsächlich gezahlt sind. Wenn also ein Beamter diesen Reichszuschuß vom 1. April bis Ende Dezember bereits erhalten hat, so ist der letztere in voller Höhe von der einmaligen Zulage zu kürzen. Ist der Reichszuschuß aber noch nicht gezahlt, so kann er auch nicht angerechnet werden, sondern der Beamte muß den Betrag der einmaligen Zulage erhalten, welcher mit Rücksicht auf das übrige militärische Einkommen gezahlt werden darf.

Die Verhältnisse werden nun in den meisten Fällen so liegen, daß bisher überhaupt noch keine Reichszuschüsse gezahlt sind. Die Beamten werden also, wenn sie berechnen wollen, wieviel sie von der einmaligen Zulage vom 1. September zu erhalten haben, nach dem bisherigen Verfahren das Zivileinkommen *mit der einmaligen Zulage* dem militärischen Einkommen gegenüberstellen müssen. Soweit nun das militärische Einkommen geringer ist als das Zivileinkommen, steht ihnen die einmalige Zulage zu.

Ist dieser Betrag bereits gezahlt, so ist die Sache erledigt. Die Zahlung der Reichszuschüsse kommt daneben nicht mehr in Frage, weil diese geringer sind als die gesamten Zulagen aus preußischen Mitteln. (Laufende Kriegsbeihilfe und laufende Teuerungszulage — beide einmalige Zulagen vom 1. September und 1. Dezember 1918).

Die Reichszuschüsse werden nämlich nach Abschnitt 2 Ziffer 2 des Erlasses über die Bewilligung derselben vom 4. 7. 18 nur soweit gezahlt, als sie höher sind, als alle aus preußischen Mitteln gezahlten Zulagen zusammen. Sie müssen daher wegfallen, wenn die preußischen Zulagen die Höhe der Reichszuschüsse erreichen.

Da nun bei Lage der Sache die Zahlung der Reichszuschüsse überhaupt nur vom 1. April bis zum 31. Dezember ds. Js. in Frage kommt, liegen die Verhältnisse nunmehr so, daß kein militärpflichtiger Beamter von diesen Reichszuschüssen irgend einen Vorteil hat. Auf Deutsch heißt das, da es dem Beamten gleich ist, aus welchem Titel er seine Dienstbezüge erhält, daß kein Beamter einen Reichszuschuß zu bekommen hat.

Alle Beamten, welche bisher mit diesen Einnahmen gerechnet haben, werden daher gut tun, nach Empfang der einmaligen Zulage diese Hoffnung aufzugeben und die Reichszuschüsse aus den zu erwartenden Einnahmen zu streichen.

A. . . .

Vereinsnachrichten.

Bez.-V. **Aachen.** Bericht der Versammlung vom 6. 10. 1918. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung wurde dieselbe erledigt; der angekündigte Vortrag fand dankbare Zuhörer. Ob und wann die nächste Versammlung stattfindet, kann vorderhand noch nicht bestimmt werden, da erst abgewartet werden muß, wie sich die Verhältnisse während der Dauer der feindlichen Besetzung gestalten. Nach wie vor bitte ich darum die fälligen Beiträge porto- und bestellgeldfrei an unsern Schatzmeister, Rottenführer H. Dohmen in Laurensberg, Soers 28 I, einzusenden. Im übrigen erst weitere Bekanntmachung des B.-V. Aachen abwarten. Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand. J. A.: Jansen, Vors.

Bez.-V. **Braunschweig.** Unsere Versammlung für das Jahr 1919 findet am Sonntag, den 12. Januar, nachmittags 2 Uhr im Vereinslokale statt. Tagesordnung: Verlesen der Niederschrift der vorigen Versammlung, 2. Zahlen der Beiträge, 3. Aufnahme neuer Mitglieder, 4. Neuwahl des Vorstandes, 5. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen bittet

Der Vorstand. H. Wendhausen.

Bez.-V. **Breslau.** Die nächste Versammlung, welche zugleich Generalversammlung ist, findet Sonntag, den 12. Januar 1919, in Breslau im Vereinslokal nachm. 2 Uhr statt. Es ist unbedingt notwendig, daß zu dieser wichtigen Versammlung die Vereinsmitglieder recht zahlreich erscheinen. Vor der Versammlung, und zwar vormittags 11 Uhr, wird der Oberbaukontrolleur Herr Fritsch einen fachwissenschaftlichen Vortrag halten. Es ist auch Antrag auf freie Fahrt bei der Eisenbahndirektion gestellt.

Heinrich Scholz, 1. Vors.

Bez.-V. **Cottbus.** Unsere nächste Vierteljahrsversammlung findet am Sonntag, den 5. Januar 1919, nachm. 4 Uhr, in der „Kleinen Funkenburg", Dresdener Straße in Cottbus statt. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

J. A.: Wilke, 1. Vors.

Bez.-V. **Duisburg.** Bekanntmachung! Da die Rottenführer bekanntlich in diesem Frühjahr bei der Verteilung von Remunerationen übergangen wurden, reichten wir laut Versammlungsbeschluß vom 11. 7. folgendes Gesuch an die Kgl. Eisenbahn-Direktion Essen ein:

Duisburg, den 27. 8. 1918.

Der Kgl. Eisenbahndirektion gestattet sich unterzeichneter Vorstand des Bezirksvereins Duisburg (Betriebsämter 1, 2, 3 Duisburg und Wesel) vom Verbande deutscher Eisenbahn-Rotten- und -Hilfsrottenführer nachstehende Bitte zu unterbreiten: Im Monat März ds. Js. wurden an sämtliche Beamte des Betriebsdienstes, vom Vorsteher bis zum Weichensteller, Remunerationsgelder verteilt. Die Rottenführer wurden bei dieser Verteilung nicht bedacht. Im Juni wurden nochmals an Bahnmeister, Leitungsaufseher, Stellwerksschlosser und Werkführer Remunerationsgelder verteilt. Jedoch auch bei dieser Verteilung wurden die Rottenführer übergangen. Die Rottenführer fühlen sich hierdurch zurückgestellt und erblicken darin eine Unterschätzung ihrer wirklich durchaus schwierigen Dienstverrichtungen. Es dürfte doch wohl kaum einen Beamtenstand geben, welcher mehr unter den Folgen des Krieges zu leiden hat wie der Rottenführer. War schon vor dem Kriege der Dienst ein schwieriger, indem nicht genügende und geschulte Arbeitskräfte zur Unterhaltung und Erneuerung des Oberbaues zur Verfügung standen, so hat sich während des Krieges ein noch nie dagewesener Mangel an Arbeitskräften ergeben. Der Rottenführer muß heute mit weiblichen und jungen männlichen Bediensteten, die der schweren Arbeit durchaus nicht gewachsen sind, die Instandhaltung und die Erneuerung des Oberbaues vornehmen, so daß der Rottenführer unter diesen ungünstigen Verhältnissen sehr zu leiden hat, folglich die Berufsfreudigkeit sehr in Mitleidenschaft gezogen wird. Um so mehr leidet die Berufsfreudigkeit, wenn der Rottenführer bei Verteilung von Remunerationsgeldern für außerordentliche Dienstleistungen übergangen wird, während andere Beamtenklassen, die unter den Folgen des Krieges nicht so zu leiden haben, bedacht werden. Auch ist der Rottenführerdienst ein schwieriger, da dieselben von morgens früh bis spät abends 10 bis 12 Stunden bei allen Unbilden der Witterung ihren Dienst zu verrichten haben. Sie müssen die Ersten und die Letzten auf der Arbeitsstelle sein. Hierzu kommen noch Ueberstunden nach Feierabend und Arbeiten während der Nacht, bei schwierigen Umbauten, die bei Tage nicht ausgeführt werden können. Für diese Ueberstunden- und Nachtarbeit erhält der Rottenführer keine Vergütung. Die Bitte, dem Rottenführer eine Remuneration zu erteilen, dürfte daher gerechtfertigt erscheinen. Die Bittsteller hoffen auf wohlwollende Prüfung der vorgetragenen Bitte und versichern, daß sie nach wie vor ihren Dienst mit der größten Pflichttreue und Dienstfreudigkeit erfüllen werden.

Gehorsamst der Vorstand des Bezirksvereins Duisburg deutscher Eisenbahn-Rotten- und Hilfsrottenführer.
J. A.: Joh. Fink, 1. Vorsitzender.

Bei der persönlichen Ueberreichung dieses Gesuches an den Herrn Regierungsbaumeister Schröder, Betr.-Amt 1, Dbg., erklärte der Herr Regierungsbaumeister nach einer Aussprache über die Wünsche der Rottenführer folgendes: „Ich erkenne die Wünsche resp. Beschwerden der Rottenführer voll und ganz an, den Inhalt des Gesuches muß ich als gerechtfertigt anerkennen. Ich werde mein möglichstes im Einvernehmen mit meinen Kollegen von den anderen Betriebsämtern tun, um den Rottenführern für außerordentliche Dienstleistungen eine Belohnung zukommen zu lassen. Die außerordentliche Dienstleistung erblicke er darin, daß der Rottenführer bei dem jetzigen mangelhaften Oberbau sowie mit den nicht genügend ausgebildeten Arbeitskräften viel, sehr viel dazu beigetragen habe, daß der Betrieb aufrechterhalten blieb. Im Oktober erhielt ich durch den Regierungsbaumeister Schröder die Mitteilung, daß uns 50 Mark Belohnung für außerordentliche Dienstleistungen zuerkannt worden seien und daß in Zukunft die Rottenführer nicht mehr übergangen werden sollen. Dieses den Kollegen unseres Vereins zur Kenntnis. Nun weiter in treuer Pflichterfüllung den Dienst versehn. Dann werden wohl in baldiger Zeit unsere Wünsche in Erfüllung gehn. Gleichzeitig bitte ich sämtliche Kollegen, am 12. 1. zur Versammlung zu erscheinen. Rüttelt auch nochmals an die Nichtmitglieder, bringt sie mit, denn je einiger wir zusammenstehen, je leichter werden wir die vielleicht noch an uns herantretenden Gefahren bzgl. unseres Beamtenstandes überwinden und ihnen trotzen. In dieser Zeit heißt es: Einer für alle und alle für einen.

Joh. Fink, Vorsitzender.

Bez.-V. **Duisburg.** Bekanntmachung. Die nächste Versammlung findet nicht am 12. 1., sondern am 19. 1. im Beisein des Verbandsvorsitzenden statt.

Fink, Vorsitzender.

Bez.-V. **Guben.** Einladung. Unsere nächste Versammlung findet am 12. Januar 1919, vorm. 11 Uhr, in Guben im Gasthof „Goldene Krone," Berliner Str. statt. Wegen der wichtigen Tagesordnung werden die Kollegen gebeten, recht zahlreich zu erscheinen.

Der Vorstand. J. A.: Pohlenz, Schriftführer.

Bez. **Hagen u. Umg.** Einladung. Unsere nächste Versammlung findet am Sonntag, den 12. 1. 19, nachm. 3½ Uhr, im Vereinslokal, statt. Tagesordnung: 1. Begrüßung und Mitteilungen aus dem Verbande. 2. Zahlung der Beiträge. 3. Allgemeine Besprechung von Vereins- und Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Die Mitglieder werden zu dieser Versammlung dringend eingeladen.

Der Vorstand. J. A.: Schürmann, Vors.

Bez.-V. **Halle a. S.** Versammlungsbericht und Einladung. Die am 13. Oktober 1918 stattgefundene Versammlung nahm den üblichen Verlauf. Aufgenommen wurden die Kollegen Wilhelm Sander und Karl Bärwald. Unter „Verschiedenes" gab der 1. Vorsitzende einige Erläuterungen über die Beamtenausschußsitzung; er erinnerte ferner an die Zeichnung zum Reichskartellbeitrag. Schließlich gelangte folgender Antrag zur Abstimmung: 1. Jeder Kollege ist verpflichtet, im Interesse unseres Standes sein ihm zugesandtes Postscheckformular ausgefüllt an das Reichskartell abzusenden. 2. Der Vorsitzende erläßt in dieser Zeitschrift einen Aufruf, damit jedem Kollegen nochmals von diesem Beschluß Kenntnis gegeben wird, vor allem den säumigen Mitgliedern, welche die Versammlung nicht besuchen. Zum Schluß bat der 1. Vorsitzende, der wichtigen Tagesordnung wegen die nächste Versammlung recht zahlreich zu besuchen. Schluß der Versammlung 5,40 Uhr nachmittags. Die nächste Versammlung findet am Sonntag, den 12. Januar 1919, in Borks Restaurant zu Halle a. S., Kurze Gasse 1 statt.

Otto Mennicke, 1. Vors.

Bez.-V. **Magdeburg.** Einladung. Allen werten Mitgliedern zur Kenntnis, daß unsere nächste Versammlung am 1. Januar 1919, nachmittags 2 Uhr, in der „Reichshalle", Magdeburg, Kaiserstraße 18, stattfindet. Hierzu sind alle dienstfreien Kollegen freundlichst eingeladen. Die Kollegen werden gebeten, uns noch fernstehende Kollegen mit einführen zu wollen. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Um recht zahlreiches Erscheinen bittet

Der Vorstand. J. A.: Arndt, 1. Schriftf.

Bez.-V. **Neuß.** Am 6. Januar 1919, nachm. 5 Uhr, findet im Vereinslokal Fromm, Neuß, die nächste Versammlung statt. Es wird gewünscht, daß alle Mitglieder rechtzeitig in der Versammlung erscheinen. Tagesordnung wird noch bekanntgegeben.

J. A.: Dahmen, Schriftf.

Verbandsnachrichten.

Sitzung des Verbandsvorstandes am 8. 12. 1918.

Tagesordnung:

1. Anwesenheitsliste,
2. Verlesen der Niederschriften,
3. a) Bericht über die Sitzung im Ministerium am 19. 11. 18.
   b) desgl. den außerordentlichen Bundestag,
   c) desgl. Rücksprache bei der K. D. Essen in Bekleidungssachen,
   d) desgl. Beamtenräte bzw. -ausschüsse,
   e) desgl. Gründung der Direktionsvereinigung Essen,
4. Bittschrift an den Herrn Minister,
5. Verbandstag 1919,
6. Gewerkschaft deutscher Eisenbahner,
7. Verschiedenes.

Punkt 1 und 2 fanden wie üblich Erledigung. Von Punkt 3 a wurde mit Beifall Kenntnis genommen. 3 b veran-

faßte lebhafte Aussprache. Es wurde beschlossen, dem jetzigen Bundesvorsitzenden in Berlin einen Protest gegen willkürliche Beschlüsse zuzusenden, desgl. das Mißtrauen auszusprechen. 3 c. Schuhe, Mäntel und andere Kleider werden nach Maßgabe der Vorräte und Eingänge auch an die Rottenführer verabfolgt. 3 d. Es ist nur für Beamtenausschüsse zu stimmen. 3 e. Kenntnis genommen. Punkt 4 fand allgemeinen Beifall. Punkt 5: Der Verbandstag soll am 12., 13. und 14. Juli 1919 stattfinden. Punkt 6: Der Anschluß des Verbandes an die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner wurde begrüßt. Bei Punkt 7 veranlaßte die unregelmäßige Zahlung der Beiträge längere Erörterungen, jedoch wurden dem Verbandstage die Beschlüsse überlassen.

2. Die meisten, ja fast alle Bezirksvereine sind ja den Direktionsvereinigungen angeschlossen und ziehen die Beiträge hierfür schon ein. Vom 1. Januar 1919 ab haben also die angeschlossenen Bezirksvereine pro Kopf und Vierteljahr Mk. 2,35 an die Verbandskasse abzuliefern, da diese ja jetzt an den Bund die Beiträge abführen muß.

Carl Schneider, Verbandsvorsitzender.

Bekanntmachung.

An die Herren Vereinsschatzmeister, die es betrifft:

Um einen ordnungsmäßigen Kassenbericht rechtzeitig herausgeben zu können, ersuche ich die Vereine, die mit ihren Beiträgen an die Verbandskasse um 1 bis 2 Quartale im Rückstande sind, mir die Beiträge recht bald zukommen zu lassen.

Adam Berg, Verbandsschatzmeister.

Versammlungs-Kalender.

Es liegt im Interesse eines jeden Mitgliedes, die Versammlungen zu besuchen, die Beiträge pünktlich zu zahlen und neue Mitglieder einzuführen.

Berlin, 2. 1. 1919, 8 Uhr, Berlin O., Andreasstr. 20.
Breslau, 12. 1. 1919, 2 Uhr, Vereinslokal.
Barmen-R., 12. 1. 1919, 3 Uhr, Vereinslokal.
Braunschweig, 12. 1. 1919, 2 Uhr, Vereinslokal.
Cottbus, 5. 1. 1919, 4 Uhr, Cottbus, Kleine Funkenburg.
Düsseldorf, 12. 1. 1919, morg. 9½ Uhr, Vereinslokal.
Dortmund, 5. 1. 1919, 3½ Uhr ? ?
Duisburg, 19. 1. 1919, 4 Uhr, Duisburg, Vereinslokal.
Essen, 12. 1. 1919, 3 Uhr, Essen, Vereinslokal.
Frankfurt a. M., 5. 1. 1919, 1 Uhr, Frankfurt a. M., Vereinsl.
Gießen, 12. 1. 1919, 1 Uhr, Gießen, Hotel Boller.
Guben, 12. 1. 1919, 11 Uhr, Guben, Gasthof goldene Krone.
Hagen u. Umg., 12. 1. 1919, 3½ Uhr, Vereinslokal.
Halle-S., 12. 1. 1919, Halle-S., Restaurant Bork.
Hamm i. W., 12. 1. 1919, 10 Uhr, Hamm, Gasthof Drees.
Leipzig, 8. 1. 1919, 8 Uhr, Leipzig-Eutr., Vereinslokal.
Magdeburg, 1. 1. 1919, 2 Uhr, Magdeburg, Reichshalle.
Neuß, 6. 1. 1919, 5 Uhr, Neuß, Vereinslokal Fromm.
Paderborn, 1. 1. 1919, mittags 12 Uhr, Paderborn, Altd. Bierst.
Posen, 19. 1. 1919, Vereinslokal.
Schneidemühl, 1. 1. 1919, 1 Uhr, Bromberg, Eisenb.-Kantine.

Bekanntmachung.

1. Die **Zwischenscheine** für die **5% Schuldverschreibungen der VIII. Kriegsanleihe** können vom

2. Dezember d. Js. ab

in die endgültigen Stücke mit Zinsscheinen umgetauscht werden.

Der Umtausch findet bei der **„Umtauschstelle für die Kriegsanleihen", Berlin W 8, Behrenstr. 22** statt. Außerdem übernehmen sämtliche Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtung bis zum **15. Juli 1919** die kostenfreie Vermittlung des Umtausches. Nach diesem Zeitpunkt können die Zwischenscheine nur noch unmittelbar bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen" in Berlin umgetauscht werden.

Die Zwischenscheine sind mit Verzeichnissen, in die sie nach den Beträgen und innerhalb dieser nach der Nummernfolge geordnet einzutragen sind, während der Vormittagsdienststunden bei den genannten Stellen einzureichen; Formulare zu den Verzeichnissen sind bei allen Reichsbankanstalten erhältlich.

Firmen und Kassen haben die von ihnen eingereichten Zwischenscheine rechts **oberhalb** der Stücknummer mit ihrem Firmenstempel zu versehen.

2. **Der Umtausch der Zwischenscheine** für die **4½ % Schatzanweisungen der VIII. Kriegsanleihe** und für die **4½ % Schatzanweisungen von 1918 Folge VIII** findet gemäß unserer Anfang d. Mts. veröffentlichten Bekanntmachung bereits seit dem

4. November d. Js.

bei der **„Umtauschstelle für die Kriegsanleihen", Berlin W 8, Behrenstraße 22,** sowie bei sämtlichen Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtung statt.

Von den Zwischenscheinen der **früheren Kriegsanleihen** ist eine größere Anzahl noch immer nicht in die endgültigen Stücke umgetauscht worden. Die Inhaber werden aufgefordert, diese Zwischenscheine in ihrem eigenen Interesse möglichst bald bei der **„Umtauschstelle für die Kriegsanleihen", Berlin W 8, Behrenstraße 22,** zum Umtausch einzureichen.

Berlin, im November 1918.

Reichsbank-Direktorium.

Havenstein. v. Grimm.

Für die Red. verantwortl.: Verbandsvors. Carl Schneider, Dahlhausen-Ruhr. — Für den Inseratenteil verantwortl.: C. Hundt sel. Wwe., Hattingen-Ruhr. — Druck: C. Hundt sel. Wwe., Hattingen-Ruhr.